

Handlungsoption Gemeinwesendiakonie

**Die Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt
als Herausforderung
und Chance für Kirche
und Diakonie**

Herausgeber:
Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche in
Deutschland e.V.

Juli 2007

■ Impressum

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
Staffenbergstraße 76, 70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 21 59-4 54
Telefax: 07 11 / 21 59-5 66
E-Mail: redaktion@diakonie.de
Internet: www.diakonie.de

Kontakt:
Reinhard Thies
Servicestelle Soziale Stadt
Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut
Reichensteiner Weg 24
D-14195 Berlin
Telefon: 0 30 / 8 30 01-3 50
Telefax: 0 30 / 8 30 01-7 80
E-Mail: thies@diakonie.de

Layout:
Andrea Niebsch-Wesser

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der EKD
Karlsruher Straße 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon: 07 11 / 9 02 16-50
Telefax: 07 11 / 7 97 75 02
E-Mail: vertrieb@diakonie.de

Projektgruppenmitglieder

Thies, Reinhard (Projektleitung), Diakonisches Werk der EKD e. V.
Becher, Frank-Tilo, Ehemaliger Pfarrer am Soziale-Stadt-Standort Giessen
Bechtel, Gerd, Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e. V.
Haack, Edda, Diakonisches Werk Darmstadt
Kreusser, Sylvia, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e. V.
Kummer, Christoph, LAG SozBrennpunkte Hessen e. V.
Maier, Jürgen, Diakonisches Werk Worms
Würges Harald, Diakonisches Werk/Kirchengemeinde Wetzlar

Die Texte, die wir in der Publikationsreihe Diakonie Texte veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vervielfältigt werden. Diakonie Texte finden Sie unter www.diakonie.de/Texte.
Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Texte gedruckt im Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

© Juli 2007
1. Auflage

ISBN 978-3-937291-58-1

Druck: Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD),
Karlsruher Straße 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen

■ Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
1 Einleitung	6
„Suchet der Stadt Bestes!“ Jeremia 29,4-14a	6
2 Soziale Stadt als neuer Politikansatz zur Stadtteil- und Gemeindeentwicklung.....	7
2.1 Konzeption der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt	7
2.2 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt	9
2.3 Bewertung der Förderkonzeption Soziale Stadt	10
3 Soziale Stadt als Herausforderung an diakonisches Handeln im Gemeinwesen	12
3.1 Armutsbekämpfung als zentrales Thema und Aufgabe im Gemeinwesen.....	12
3.2 Kirchlich- diakonische Handlungsperspektiven	13
3.3 Profilierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit	13
3.4 Aktuelle Anknüpfungspunkte zur Mitgestaltung.....	14
4 Feldstudie: Beteiligung von Diakonie und Kirche in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt	17
4.1 Die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS).....	17
4.2 HEGISS- Bestandsaufnahme: Beteiligung von Diakonie und Kirche	19
4.3 Einschätzung und Bewertung der HEGISS-Präsenz	21
5 Empfehlungen zur Profilierung von Gemeinwesendiakonie in der Sozialen Stadt	25
5.1 Leitlinien für Gemeinwesendiakonie	25
5.2 Optionen der Gemeinwesendiakonie.....	26
5.3 Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie.....	28
5.4 Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie.....	31
Anhang	
Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte	33
Präsentation: Ergebnisse des Diakonie-Workshops Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt	40
Ausgewählte Links zum Thema	46

Vorwort

Diakonische Einrichtungen und Dienste sind in Partnerschaft mit anderen Trägern aktive Gestalter sozialer Stadtentwicklung. Vor allem im Zusammenwirken mit Kirchengemeinden stellen sie ein Potenzial zur Verfügung, das die soziale Infrastruktur einer Stadt stärkt und das nachbarschaftliche Miteinander in den Wohnquartieren ausbildet. Mit Verantwortlichen der Stadtquartiere sind sie eine wichtige Ressource für die Stadtentwicklung, auch aufgrund ihrer großen Nähe zu den Bedürfnissen von Menschen eines Wohnortes.

Diakonie ist einerseits das Angebot passgenauer Dienstleistungen für Menschen auf vielfältigen sozialen Gebieten, andererseits aber werden durch das Denken und Handeln in vernetzten Strukturen die Fähigkeiten und Bedürfnislagen von Menschen in Quartieren durch sie erkannt und als Anforderung an politisches Handeln im Gemeinwesen formuliert. Gerade im Zusammenwirken in Kirchengemeinden werden diakonische Einrichtungen und Dienste herausgefordert, gemeinsam Verantwortung für die Stadt zu übernehmen und die Soziale Stadt zu gestalten. Sie können eine Plattform für lokale Netzwerke bieten. Dies gilt insbesondere für Stadtbezirke oder Regionen, die als Räume mit besonderem sozialen und baulichen Entwicklungsbedarf betrachtet werden können, und für soziale Brennpunkte.

Hierzu bietet das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt sehr gute Anknüpfungspunkte. Durch die 50-prozentige Aufstockung der Programmmittel in 2006, 2007 und voraussichtlich auch 2008 für sozial-kulturelle Modellvorhaben und die Focussierung von EU-Mitteln auf diesen Ansatz ist die Diakonie mit den Kirchengemeinden herausgefordert, sich in und mit dem sozialen Netzwerk für innovative und nachhaltig wirkende Projekte zu engagieren und ihr Know-how gemeinwesenorientiert einzubringen. Es kommt darauf an, sich als evangelisches Netzwerk im Gemeinwesen zu formieren, damit Ressourcen gebündelt werden, um sich auch mit anderen sozio-

kulturellen Akteuren auf Prozesse der Koproduktion einlassen zu können.

Mit dem vorliegenden Informations- und Strategiepapier „Handlungsoption Gemeinwesendiakonie“ werden die (neuen) Chancen herausgearbeitet, die sich durch die Soziale Stadt für gemeinwesenorientiertes diakonisches Handeln bieten. Es werden Herausforderungen und Hemmnisse beschrieben, die gemeistert werden können, wenn sich diakonische Einrichtungen und Kirchengemeinden in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und vielfältigen Fachlichkeit entsprechend dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit zukunftsorientiert aufstellen. Die für das Bundesland Hessen exemplarisch durchgeführte Bestandsaufnahme zum diakonischen Engagement in den Sozialen-Stadt-Standorten gibt deutliche Hinweise zur Weiterentwicklung der gemeinwesenorientierten Diakonie und kann als Grundlage für aktivierende Evaluierungs- und Diskussionsprozesse in anderen Regionen genutzt werden. Die abschließenden Empfehlungen zur Profilierung von Gemeinwesendiakonie in der Sozialen Stadt bieten eine gute Grundlage zur Implementierung von mehr Gemeinwesenorientierung im Sinne einer Mehrfelder- und Mehrebenenstrategie.

Das Diakonische Werk der EKD bietet zur Umsetzung dieser Strategie seine Unterstützung an. Die beim Bundesverband eingerichtete Servicestelle Soziale Stadt steht in den nächsten drei Jahren zur Vernetzung von Fach-Know-how sowie zur gezielten Beratung und Unterstützung von Sozialen-Stadt-Prozessen zur Verfügung. Es ist damit die Erwartung verknüpft, dass vor Ort und auf Länderebene zusammen mit den Landes- und Fachverbänden und den Kirchen Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie entstehen, die nachhaltig tragen und Laufzeiten von Förderprogrammen überdauern.

*Pfarrer Klaus-Dieter K. Kottnik
Präsident des Diakonischen Werkes der EKD e. V.*

1 Einleitung

„Suchet der Stadt Bestes!“

Jeremia 29,4-14a

Jeremia schrieb diese Worte an die Weggefährten in Babel in einer Situation, in der jüdischer Glaube in allergrößter Gefahr war, in der Fremde eines großen Landes in Bedeutungslosigkeit zu versinken. Und mit diesen Worten machte Jeremia seinen Schwestern und Brüdern im Glauben Mut, sich auf die Situation eines Lebens in der Diaspora einzulassen. Nicht Abgrenzung von der feindlichen Außenwelt forderte er, sondern ein konsequentes Sich-Einlassen auf dieselbe – wohlwissend, dass das Wohlergehen der kleinen jüdischen Glaubensgemeinde in einem untrennbaren Zusammenhang mit dem Wohlergehen ihrer heidnischen Umwelt steht.

„Suchet der Stadt Bestes!“

- heißt für diakonisches Handeln, sich auf milieuübergreifendes und interkulturelles Zusammenleben in Städten und Gemeinden einzulassen und Mitverantwortung für die Entwicklung von Gemeinwesen, das heißt für Gemeinwesenpolitik zu übernehmen
- heißt für eine diakonische Gemeinde, sich aus einer Milieuverengung herauszulösen und Kirche nicht nur für sondern mit Anderen zu sein
- heißt für diakonische Dienste und Einrichtungen sowie Kirchengemeinden
 - Lebenslagen im Gemeinwesen zu erkennen und einzuschätzen
 - auf Menschen aus unterschiedlichen Sozialmilieus und Sozialräume zuzugehen
 - Zielsetzungen und Aufgaben zu identifizieren und zu formulieren, Entscheidungen zu wagen und mutig zu handeln
 - einem Leitbild zu folgen, das Teilhabe- und Chancengerechtigkeit für die ganze Stadt beziehungsweise Gemeinde und deren unterschiedlichen Sozialräume anstrebt

- heißt für Kirche und Diakone zusammen mit anderen Trägern im gemeinsamen Interesse für und mit dem Gemeinwesen
 - die Konzeption Soziale Stadt als Strategie und Förderansatz daraufhin zu prüfen und zu nutzen, dass positive Impulse zur örtlichen nachhaltigen Gesamtentwicklung von benachteiligten Gemeinwesen beziehungsweise sozialen Brennpunkten entstehen
 - ihre Potenziale und Ressourcen zur Gestaltung lokaler Entwicklungskonzepte/Strategien und Aktionsplänen einzubringen
 - sich sowohl als strategischer als auch als operativer Partner zielgerichtet in lokalen träger- und sektorübergreifenden Entwicklungspartnerschaften (auch über Förderzeiträume hinaus) einzumischen und zu präsentieren
- heißt soziale Stadt-, Gemeinde- und Regionalentwicklung mit den hier lebenden Menschen aktiv zu gestalten

„Suchet der Stadt Bestes!“

- gilt somit als Handlungsoption im Sinne einer sozialen und kulturellen Mitverantwortung zur Gestaltung von Gemeinwesen und Nachbarschaften. Dazu wird hier die Entwicklung einer umfassenden Gemeinwesendiakonie vorgeschlagen, bei der gemeinsames Handeln von diakonischer Gemeinde und gemeinwesenorientierter Diakonie vor Ort sichtbar wird.

Diese Option gilt insbesondere für Stadt- und Gemeindegebiete beziehungsweise Sozialräume, die in vielerlei Hinsicht als besonders benachteiligt gelten, in denen Armut und Ausgrenzung nicht nur den Lebensalltag von einzelnen Bewohnergruppen prägen, sondern ganze Gemeinwesen in ihrer Anschlussfähigkeit an allgemeine Stadt-/Gemeindeentwicklung bedroht sind.

2 Soziale Stadt als neuer Politikansatz zur Stadtteil- und Gemeindeentwicklung

Soziale Stadt steht für einen neu belebten Politikansatz zur Stadtteilentwicklung, mit dem der wachsenden sozialräumlichen Polarisierung in den Städten und Gemeinden begegnet werden soll. Dieser Ansatz wird durch das 1999 aufgelegte Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ gefördert. Gestützt durch weitere Förderprogramme erkennen öffentliche Verwaltungen, Wohnungswirtschaft und freie Träger der Wohlfahrtspflege zunehmend, dass Verbesserungen von Lebensverhältnissen in Quartieren mit sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Problemen nur durch ein konzertiertes Vorgehen aller Beteiligten im Sinne einer Gemeinschaftsinitiative erreicht werden können.

2.1 Konzeption der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt

Gegenwärtig wird es „zum zentralen Anliegen der Stadtteilentwicklung, das eigenständige Stadtteilleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohnerinnen und Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbstständige Gemeinwesen funktionieren.“ Im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiativen Soziale Stadt“¹ wird eine Förderkonzeption beschrieben, in der Gemeinwesenarbeit und Quartiermanagement eine Schlüsselfunktion zukommt. Die Förderstrategie Soziale Stadt zielt darauf ab, verstärkt Projekte zu fördern, die sich auf abgestimmte integrierte Entwicklungskonzepte und lokale Aktionspläne beziehen, die neben den städtebaulich-ökonomischen Herausfor-

derungen ebenso die sozial-kulturelle Dimensionen der Sozialraumentwicklung in den Blick nehmen.

Dieser gemeinwesenbezogene Ansatz der ganzheitlichen Intervention hat besondere Priorität in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Insofern richtet sich die Aufmerksamkeit vornehmlich auf Soziale Brennpunkte und Armutsquartiere mit vielfältigen Problemen und einem entsprechenden Konfliktpotenzial, zum Beispiel in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit oder in Wohnquartieren mit multi-kultureller Einwohnerschaft. Hier stellen sich die Notwendigkeiten der sozialen Gestaltung vor Ort insbesondere und in vielfältiger Weise, die jedoch nicht unabhängig von den lokalen und globalen gesamtwirtschaftlichen beziehungsweise sozial-ökologischen Bedingungen betrachtet werden können. Nicht zuletzt durch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hat das Thema der Ausgrenzung und Segregation ganzer Sozialräume in den Städten und Gemeinden seit 1999 neue Aufmerksamkeit gefunden.

Das Programm richtet sich somit an Stadtteile, Wohngebiete beziehungsweise Quartiere mit besonderem städtebaulichen und sozialen Entwicklungsbedarf, in denen im Sinne einer Sozialraumstrategie gearbeitet werden muss:

- Integrierte Entwicklungskonzepte
- Quartiermanagement
- Aktivierung und Beteiligung
- Evaluierung
- Monitoring

Als inhaltliche Handlungsfelder lassen sich insbesondere folgende Aufgaben identifizieren:

¹ ARGEBAU: Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (2005), in: www.sozialestadt.de.

■ Soziale Stadt als neuer Politikansatz zur Stadtteil- und Gemeindeentwicklung

- Beschäftigung
- Qualifizierung und Ausbildung
- Soziale Aktivitäten und Infrastruktur
- Zusammenleben sozialer/ethnischer Gruppen
- Schule und Bildung
- Gesundheitsförderung
- Altenhilfe
- Stadtteilkultur
- Sport und Freizeit
- Umwelt und Verkehr
- Wohnungsmarkt/-bewirtschaftung
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- Wertschöpfung im Gebiet
- Imageverbesserung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Ämter-Koordination und Lenkung bei (Sozial-)Verwaltung
- Quartier-/Stadtteilbeirat als Bindeglied von Bürgerschaft und Politik
- Verfügungsfonds und Sozialraumbudget zur Projektentwicklung vor Ort

Soziale Stadt versteht sich als Konzeption der Ko-Produktion, indem Akteure auf verschiedenen Ebenen sektor- und trägerübergreifend unter dem Aspekt der Bündelung verschiedener Politikansätze gezielt zusammenarbeiten (Mehrebenen-Mehrfelder-Ansatz). Dabei kommt der Stärkung der Akteure der Sozial- und Jugendhilfe und der Überwindung der Dominanz des Städtebaus besondere Bedeutung zu; es gilt, möglichst stabile lokale Entwicklungspartnerschaften zu etablieren, die die Nachhaltigkeit der Umsetzungsstrategie Soziale Stadt sichern können. Als Kernelemente eines in diesem Sinne zu konstituierenden kooperativen Stadtteilmanagements lassen sich die folgende Arbeitsstrukturen beschreiben:

- Quartier-/Stadtteilbüro als Scharnier von Sozialarbeit und Stadtplanung
- Tandem von Gemeinwesen- und Planungsbeauftragten
- Träger- und Akteursnetzwerk als lokale Entwicklungspartnerschaft
- Bürger- und Themenforen zur Mitgestaltung von unten

Seit 1999 haben sich viele Kommunen – inzwischen auch in ländlichen Räumen – mit großem Engagement gefährdeten Sozialräumen und sozialen Brennpunkten zugewandt, um über die Länder zusätzliche Mittel des Städtebaus und zum Teil auch über die EU neue Fördermittel für lokale Entwicklungsprozesse zu akquirieren. In 2007 profitieren vom Bund-Länder-Programm Soziale Stadt über 400 Standorte in mehr als 300 Städten und Gemeinden. Herausgefordert durch das Programm kooperieren in den öffentlichen Verwaltungen verschiedene Ämter in neuer Form. Teilweise übernehmen Sozialdezernate/-stadträte die Federführung für das Städtebau-Programm. Im wohlverstandenen Sinne der Subsidiarität gelingt die Einbindung von freien Trägern in strategische und operative Entwicklungspartnerschaften zusammen insbesondere mit Wohnungsunternehmen. Vielerorts gelingen neue Formen der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern und Schlüsselakteuren aus den Quartieren. Oftmals sind diakonische Dienste und Einrichtungen sowie Kirchengemeinden Initiatoren von Soziale-Stadt-Prozessen und Träger von Schlüsselprojekten.

Als rechtliche Grundlagen lassen sich folgende Quellen identifizieren:

- Nach dem Raumordnungsgesetz gilt es „ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. (§2, ROG) Nach dem Baugesetzbuch ist die Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen und der öffentlichen Aufgabenträger geboten (§ 137 und 139, BauGB). Zu Soziale Stadt heißt es, dass „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“, in denen es „einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf“ unter Beteiligung der Betroffenen und der öffentlichen Aufgabenträger das Entwicklungskonzept insbesondere dazu dienen

■ Soziale Stadt als neuer Politikansatz zur Stadtteil- und Gemeindeentwicklung

soll, die „Wohn- und Arbeitsverhältnisse“ sowie die „Schaffung und Erhaltung stabiler Bewohnerstrukturen“ zu verbessern.(...) Dazu kann „im Zusammenwirken von Gemeinde und Beteiligten eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden“ (§ 171e). Auch sieht das BauGB Sozialplan (§ 180) Härteausgleich (§ 181) vor.

- Im Sozialgesetzbuch wird das gemeinwesenorientierte Handeln propagiert. Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz soll Jugendhilfe „dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1, SGBV III) Die Partnerschaft der öffentlich und freien Jugendhilfe und Stärkung der verschiedenen Formen der Selbsthilfe (§ 4), die Gemeinwesenorientierung der Jugendarbeit (§ 11), die Abstimmung der Angebote der Jugendsozialarbeit mit Schulverwaltung, Bundesagentur für Arbeit sowie Ausbildungs- und

Beschäftigungsträgern (§ 13) sowie die Abstimmung von Maßnahmen in Arbeitsgemeinschaften (§ 78) und die Planungsverantwortung der Träger öffentlicher Jugendhilfe (§ 80, Bestandsaufnahme, Bedarfsermittlung, Planung) sind verpflichtend vorgesehen.

2.2 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Das Förderprogramm Soziale Stadt hat ab 2006 im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes eine erneute Aufstockung auf ein Gesamtvolumen von 110 Millionen Euro erfahren. Ergänzend zu dem städtebaulichen Kernbudget von 70 Millionen Euro wurden erstmalig auch für zusätzliche Modellvorhaben in nicht-investiven sozial-kulturellen Bereichen pro Jahr je 40 Millionen Euro bereitgestellt, die auch in den Folgejahren in ähnlicher Höhe zur Verfügung stehen:

Ursprüngliche und zusätzliche Bundesmittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms in 2006, die auch für Modellvorhaben eingesetzt werden können (in TSD €):		
	städtebauliches Kernbudget	sozial-kulturelle Modellförderung
Baden-Württemberg	8.591	4.881
Bayern	9.839	5.590
Berlin	3.630	2.062
Brandenburg	2.318	1.317
Bremen	663	377
Hamburg	1.616	918
Hessen	5.143	2.922
Mecklenburg-Vorpommern	1.590	904
Niedersachsen	6.517	3.703
Nordrhein-Westfalen	15.698	8.919
Rheinland-Pfalz	3.184	1.809
Saarland	867	493
Sachsen	4.016	2.282
Sachsen-Anhalt	2.366	1.344
Schleswig-Holstein	2.287	1.300
Thüringen	2.075	1.179
Insgesamt	70.400	40.000

Durch die notwendige Komplementärfinanzierung der Länder und der kommunalen Ebenen stehen aus den Budgets des Städtebaus derzeit jährlich insgesamt 330 Millionen Euro für Soziale-Stadt-Standorte zur Verfügung. Die Bundesmittel werden zusammen mit den jeweiligen Landesanteilen auf Antrag der Kommunen nach den Regelungen der Städtebauförderung von den Landesbauministerien bewilligt. Die Träger müssen sich mit ihren Anliegen dazu direkt an die kommunal zuständigen Stellen (oft sind es die Bau- beziehungsweise Planungsämter) wenden und den Bezug zu den oben genannten integrierten Entwicklungskonzepten und lokalen Aktionsplänen zur Gebietsentwicklung herstellen.

Darüber hinaus sind inzwischen verschiedene weitere sozialpolitische Ergänzungsprogramme aus Europäischem Sozialfonds (ESF), Bundes- und Landesmitteln aufgelegt worden, die zusätzliche projektbezogene Förderschwerpunkte bilden, hier werden die EU-Förderungen zum Teil direkt bei den zuständigen Bundesministerien beantragt

Übersicht der Förderansätze im Rahmen von Soziale Stadt:

- Bund-Länder-Programm Soziale Stadt des BMVBS (+1/3 Länder, +1/3 Gem.)
70 Millionen Euro, städtebauliches Kernbudget des Bundes
plus neu: 40 / 35 Millionen Euro vom Bund für sozial-kult. Modellvorhaben in 2006/07
- ESF-Programm Soziale Stadt des BMVBS (Int-Bek: bis 15. Januar 2007)
Neu: 37 Millionen Euro „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“
- LOS-Programm des BMFSFJ, aus Europäischem Sozialfonds (neu: zusätzlich bis 2008)
je Standort pro Jahr 100.000 Euro für Mikroprojekte (100% Förderung)
- E&C-Programm des BMFSFJ aus Kinder- und Jugendplan (ausgelaufen, bis 2006)
Modellförderung: KuQ, FSTJ u.a. + Qualifizierung der Akteure
- verschiedene Förderprogramme mit Soziale-Stadt-Schwerpunktsetzung und Stiftungsmittel

2.3 Bewertung der Förderkonzeption Soziale Stadt

Obwohl insgesamt positiv zu beurteilen ist, dass vielerorts neue, innovative Planungs- und Durchführungsverfahren zustande gekommen sind, so ist doch zu konstatieren, dass im Wesentlichen die Folgen von Armuts- und Ausgrenzungsprozessen und damit einhergehender sozialräumlicher Segregation bearbeitet, jedoch Rahmenbedingungen und Ursachen auf dieser Ebene nur unzureichend beeinflusst werden können.

Trotz hoher Anerkennung der Erfolge des Programms Soziale Stadt wird die Wirkung als Tropfen auf den heißen Stein wahrgenommen. Unter fachpolitischen Aspekten ist nach wie vor zu beklagen, dass vielerorts der Ansatz zur sozialen Ko-Produktion und Bündelung der Ressourcen nicht ausreichend Berücksichtigung findet. Nach wie vor sind die Umsetzungsstrategien durch den Blick des Städtebaus geprägt. Nicht nur die Akteure der Sozialarbeit und deren Verbände haben häufig die zu starke Bau- und mangelnde Sozialkomponente von Sozialen Stadt kritisiert. Beklagt wurde, dass nicht immer die richtigen Prioritäten gesetzt wurden, das heißt nicht wirklich die Standorte und Zielgruppen mit dem dringlichsten besonderen sozialen und städtebaulichen Entwicklungsbedarf profitiert haben. Oftmals wurde die fehlende Augenhöhe zwischen dem Bau- und Wirtschaftssektor zu dem sozial-kulturellem Sektor sowohl auf Politik-, Verwaltungs- und Trägerebene bemängelt, was sicher zum einen durch die vorrangige Investitionsförderung des Städtebaus und zum anderen durch traditionelles sektorales und (fach-)versäultes Handeln der Akteure zu erklären ist. Dieses gilt für alle Arbeitsebenen auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene; interministerielles beziehungsweise ämterübergreifendes Handeln ist wenig geübte Praxis und strategische Partnerschaften mit und unter den freien Trägern der Sozialarbeit sind unzureichend entwickelt.

Dieses führt an einigen Standorten zu einer starken Fixierung auf die Abwicklung eines reinen städtebaulichen Fachprogramms, das den Ansprüchen der Konzeption und Strategie von Soziale Stadt im Sinne

■ Soziale Stadt als neuer Politikansatz zur Stadtteil- und Gemeindeentwicklung

der Umsetzung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes durch ein sektor- und trägerübergreifendes Handeln in Koproduktion nicht annähern gerecht wird. Oft wird versäumt, vorhandene Potenziale und Ressourcen in den Gemeinwesen aufzuspüren beziehungsweise zu stärken und tatsächlich mit den Akteursgruppen des Gemeinwesens zu arbeiten.

Diese Bewertungen sollen den erfolgreichen Ansatz von Soziale Stadt nicht schmälern, sondern vielmehr den Blick auf eine notwendige Weiterentwicklung dieses Ansatzes richten. Auch sollen diese nicht in erster Linie die Programmacher und -verantwortlichen kritisieren, denn es sind insbesondere auch nach wie vor Zurückhaltung und Versäumnisse in den eigenen Reihen bei den Trägern der sozialen Arbeit, sowohl auf strategischer Leitungs- als auch auf operativer Handlungsebene zu identifizieren.

Oft sind trotz sehr schwieriger regionaler und örtlicher Rahmenbedingungen tatsächlich vorhandene neue Chancen nicht erkannt worden, die sich durch die Soziale Stadt und deren Konzeption beziehungsweise Umsetzungsstrategie durch die Goldene-Zügel-Förderung der Bund-Länder-Ebenen bieten. Zu erklären sind diese Hemmnisse zum einen durch unzureichende Kenntnisse der Akteure der Sozialarbeit im Umgang mit Förderprogrammen des Städtebaus, zum anderen fehlen oft (positive) Erfahrungen zur Zusammenarbeit mit anderen Fachdisziplinen, Arbeitsbereichen und trägerübergreifenden Netzwerken. Hier gilt es weiterzuarbeiten und an neuen Erfahrungen anzuknüpfen. Dies gilt auch für die Umsetzung weiterer Stadtentwicklungsprogramme, wie die Stadtumbau-Programme, die sowohl in ost- als auch in westdeutschen Ländern neue Gestaltungsspielräume für soziale Stadtentwicklung schaffen.

3 Soziale Stadt als Herausforderung an diakonisches Handeln im Gemeinwesen

3.1 Armutsbekämpfung als zentrales Thema und Aufgabe im Gemeinwesen

Folgen der Globalisierung, Auswirkungen des demografischen Wandels, Abkoppelung von Chancen zur Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen und drohende Zuspitzung der räumlichen Segregation von Armuts- und Migrantengruppen usw. sind nur einige der Stichworte, die die Aufmerksamkeit auf die Gemeinwesen lenken müssen, die von dieser Entwicklung besonders betroffen sind. Gerade hier gilt es, zentrale Themen wie Armutsbekämpfung, Überwindung von Arbeitslosigkeit, Integration von Migrantinnen und Migranten, Verbesserung der Bildungschancen, Zusammenleben in den Nachbarschaften, Wohnen und Leben von Jung und Alt usw. mit den betroffenen Menschen zu bearbeiten und unmittelbar vor Ort lebenswelt-taugliche Lösungswege aufzuzeigen. Für Kirchengemeinden sowie diakonische Träger und Einrichtungen stellen sich als zentrale Aufgaben in Stadtteil oder Quartier, in Stadt oder Gemeinde und in Regionen auf Dekanatsbeziehungsebene Kirchenkreisebene, Strategien und Projekte zu entwickeln, die darauf abzielen, zum Wohle aller

- Teilhabe im Gemeinwesen zu sichern,
- Ressourcen im, für das und mit dem Gemeinwesen zu aktivieren,
- Netzwerke im Gemeinwesen zu stärken und
- Handlungsperspektiven für soziale Nachbarschaften zu erschließen.

Armut zeigt sich immer in Relation zu Reichtum an materiellem Wohlstand, aber auch durch nicht oder nicht ausreichend bestehende Chancen zur Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben in der Gemeinschaft, das heißt insbesondere auch im lokalen Gemeinwesen. Viele Untersuchungen bele-

gen, dass Armut im Sinne von mangelnden Teilhabechancen in den letzten Jahren auch in Deutschland dramatisch zugenommen hat und weiter zunimmt. Vor diesem Hintergrund formuliert die Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ der EKD richtig: „Christinnen und Christen sowie Kirche und Diakonie als Institutionen stehen bei der Armutsbekämpfung in besonderer Weise in der Pflicht. Die Hinnahme von unfreiwilliger Armut in der Gesellschaft stellt ein gesellschaftliches wie individuelles Versagen vor Gottes Angesicht und seinen Geboten dar. Unsere Gesellschaft verfügt über ein in der Geschichte der Menschheit noch nie da gewesenes Ausmaß an Ressourcen: deswegen gibt es keine Entschuldigung, unzureichende Teilhabe und Armut nicht entschieden überwinden zu wollen. Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist nicht die Kirche Jesu Christi.“²

Es ist ein Hauptanliegen sowohl der Kirchengemeinde beziehungsweise der regionalen Kirchenkreisebene als auch der Dienste der regionalen Diakonischen Werke und diakonischer Einrichtungen, von Armut betroffene Zielgruppen zu unterstützen, Projekte und Dienste zur Überwindung von unterschiedlichen (Armut-)Lebenslagen zu entwickeln beziehungsweise vorzuhalten und geeignete Lebensbedingungen zur gesellschaftlichen Teilhabe aller zu gestalten. Dazu sind sowohl das zivilgesellschaftliche Engagement der Mitglieder der Kirchengemeinden als auch das professionelle Wirken der verschiedenen diakonischen Fachdienste notwendig. Es ist Anliegen und Auftrag insbesondere von kirchlicher sozialer Arbeit, diese Arbeitsebenen auf einer lokalen oder regionalen Plattform zu verbinden und

² Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Juni 2006, S.15.

als gemeinwesen- und gemeindeorientiertes Handeln umzusetzen.³

3.2 Kirchlich- diakonische Handlungsperspektiven

Aus dieser kirchlich-diakonischen Perspektive gilt es, Umsetzungschancen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt vor Ort zu beurteilen und eine entsprechende Positionierung und Strukturierung der Aufgaben von Diakonie und Kirche in den Rahmenbedingungen von Soziale Stadt vorzunehmen. Diese können sich nicht auf mögliche Handlungsoptionen in der operativen Arbeit und die Durchführung von einzelnen Projekten beschränken. Vielmehr ist es notwendig, sich zunächst in den eigenen Reihen konzeptionell und strategisch seiner Rollen und Aufgaben zu vergewissern und gegebenenfalls neu aufzustellen, um in Kooperation (und Konkurrenz) mit anderen Partnern der Regional- und Stadtentwicklung ganzheitliche, politikfelder-, sektor- und trägerübergreifende Konzepte umzusetzen. Vielerorts gibt es seitens Diakonie und Kirche in diesen Kontexten bereits Erfahrungen, die neue zuversichtliche Perspektiven erkennen lassen, andererseits zeigt sich auch deutliche Ambivalenz oder Zurückhaltung. Folglich muss gemeinsam eingeschätzt, bilanziert und konzipiert werden, welche Ziele, Aufgaben und Funktionen Kirchengemeinde und Träger der Sozial- und Gemeinwesenarbeit in Soziale Stadt realisieren und wahrnehmen wollen und ob beziehungsweise wie sich diese mit der Perspektive der Nachhaltigkeit in Soziale-Stadt-Prozesse und Stadtteil- beziehungsweise Quartiermanagement einbringen lassen.

Die Diakonischen Werke, Dienste und Einrichtungen sind in den Städten und Gemeinden als soziale Dienstleisterinnen, sozialpolitische Partnerinnen und in ihrer engen Verbindung zu den Kirchengemeinden als Akteurinnen der Zivilgesellschaft wichtige und zentrale Partnerinnen bei der Ausgestaltung des lokalen Sozialstaates. Als freie Träger der Wohl-

³ siehe: Konzeption „Die Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell)“, Diakonie Texte 09.2007, Diakonisches Werk der EKD.

fahrtspflege sind sie vor Ort in unterschiedlichen Handlungsfeldern präsent und im Rahmen der Subsidiarität starker Partner sowie wesentliche (Mit-) Gestalterinnen bei der Entwicklung des sozialen Gemeinwesens, auch im Sinne des Baurechts als Träger öffentlicher Belange. Durch die Nähe zu den Menschen in Lebenslagen, die vielfach durch mangelnde Teilhabe, Armut und Ausgrenzung geprägt sind, sind diakonische Träger und Einrichtungen zusammen mit den Kirchengemeinden Garanten für die nachhaltige Sicherung der sozialen Infrastruktur vor Ort und für Zugänge zu den Lebenswelten von Randgruppen in den Quartieren. Im Rahmen von Stadtteil- und Quartierarbeit sind sie als Träger von Gemeinwesenarbeit mit Fachpersonal und Gemeinschaftseinrichtungen (Begegnungsstätten, Kirchengebäuden usw.) in sozialen Brennpunkten prädestiniert zur Übernahme von Verantwortung, zum Beispiel als Anlaufstelle zu den Lebenswelten verschiedener Bewohnergruppen und Partner für das professionelle und bürgerschaftliche Akteursnetzwerk vor Ort.

3.3 Profilierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit

Die Gestaltung des sozialen Gemeinwesens und damit auch die Bereitstellung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur hat in benachteiligten Sozialräumen und sozialen Brennpunkten besondere Priorität. Gerade hier kommt den Kirchengemeinden und den diakonischen Trägern besondere Verantwortung zu. Die Aufgaben stellen sich allerdings in allen Sozialräumen der Städte und (auch in ländlichen) Gemeinden in Abhängigkeit von den spezifischen örtlichen, das heißt gemeinwesenbezogenen Bedarfen. Neben der professionellen Sozialplanung bedarf es einer aktiven lokalen Sozialpolitik. Insbesondere durch die zunehmende Kommunalisierung des Sozialen kommt der Ausgestaltung des lokalen Sozialstaates eine immer größere Bedeutung zu. Neben den Bürgern selbst sind die in den Gemeinwesen tätigen Fachkräfte und Träger der Sozialarbeit zunehmend gefordert, vor Ort gemeinde- und gemeinwesenbezogene soziale Verantwortung wahrzunehmen. Diese bezieht sich nicht allein auf die ihnen zugeordneten Zielgruppen beziehungsweise zu ge-

■ Soziale Stadt als Herausforderung an diakonisches Handeln im Gemeinwesen

staltenden Arbeitsfelder, vielmehr bezieht sich diese Verantwortung auf die Gemeinde und das Gemeinwesen im Sinne einer ganzheitlichen Gestaltung des Sozialraums, das heißt auf den sozialen Nahraum und dessen Nachbarschaften insgesamt.

Die Akteure können sich nicht institutionell und räumlich in ihren Einrichtungen einmauern lassen, vielmehr müssen sie sich in den Lebenswelten ihrer Klienten auskennen, zusammen mit den unterschiedlichen Bürger- und Zielgruppen initiativ werden sowie vernetzt als lokale Entwicklungspartnerschaften handeln. Es kommt darauf an, die jeweiligen vorhandenen lokalen personellen und (zivil-) gesellschaftlichen Ressourcen und Potenziale zu aktivieren und für die Gestaltung der Gemeinwesen zu fördern und zu fordern. Soziale Arbeit entwickelt ein Verständnis von Koproduktion und handelt gemeinschaftlich, das heißt trägerübergreifend und interdisziplinär entsprechend dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit.

Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit ist Teil und Partner in der sozialen Stadtteil- und Quartiersentwicklung und bringt Kompetenzen und Ressourcen ein wie:

- Räumlichkeiten zur Bereitstellung bedarfsge-rechter Beratung und Treffpunkte
- Foren und Zugänge zur Förderung von Kommunikation
- Anknüpfungspunkte zur Vernetzung und Kooperation im Stadtteil
- Potenziale zur Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Lebenslagen
- Akteure und Fachlichkeit als Lobby für die/den Gemeinde/Stadtteil
- Zugänge zu Lebenswelten zur Aktivierung und Unterstützung von Selbstorganisation und Bewohnerbeteiligung.

Die Träger und Akteure der Gemeinwesenarbeit sind prädestiniert zur Wahrnehmung von Aufgaben im Quartiermanagement; durch ihre Verankerung im Quartier/Stadtteil/Gemeinde sind sie anerkannte Partner in den Nachbarschaften und zu den Akteuren im Gemeinwesen, sie haben Kenntnisse und Zugänge zu verschiedenen Lebenswelten, die zur Entwicklung und Gestaltung von Projekten notwendig sind. Durch ihre Schlüsselfunktionen in der Gemeinwesenarbeit können sie Quartiersaufgaben übernehmen, die Förderzeiträume von Soziale Stadt überdauern und nachhaltig sichern. Voraussetzung ist, dass sie sich sozialraumorientiert – das heißt mit dem Blick „Vom Fall zum Feld“ – aufstellen und sich nicht nur an Problemlagen und negativen Herausforderungen sondern auch an Ressourcen des Sozialraumes und dessen Bevölkerung orientieren.

Voraussetzung ist, dass dafür fachliche Gemeinwesenkompetenz und lokale Zentren (Gemeinschaftszentren, Nachbarschaftshäuser, Mehrgenerationenhäuser usw.) bereitgestellt werden, die gemeinwesenorientierte Einzelfall- und Gruppenarbeit in den Kontext der Lebenswelten bringen können, damit neben der fall- und gruppenbezogenen Arbeit auch gruppenübergreifend und fallunspezifisch für das und mit dem Gemeinwesen agiert werden kann. Gerade in Soziale-Stadt-Standorten bedarf es einer aktivierenden, partizipativen Gemeinwesenarbeit, die sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben im Sozialraum einbringt, sich für die Mitgestaltung der lokalen Sozialraumpolitik engagiert und die Möglichkeiten als aktiver Koproduzent einer integrierten Stadt(teil)- und Gemeindeentwicklung wahrnehmen kann.

3.4 Aktuelle Anknüpfungspunkte zur Mitgestaltung

Bereits im Februar 2002 wurden im Rahmen einer Fachtagung zum Programm Soziale Stadt, die das Diakonische Werk der EKD zusammen mit dem Bundesministerium für Bau und Wohnungswesen veranstaltete, um insbesondere auf Ressourcen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in benachteiligten Stadtvierteln aufmerksam zu machen, unter an-

■ Soziale Stadt als Herausforderung an diakonisches Handeln im Gemeinwesen

derem folgende zusammenfassende Empfehlungen formuliert:

- Traditionelle Gemeindediakonie ist in Zusammenarbeit mit Kreiskirchlicher Diakonie und Stadtentwicklung zu gemeinwesenorientierten Stadtteildiakonie zu entwickeln. Sie hat dabei den Vorzug einer spirituellen Verankerung ihrer sozialen Aktivitäten. Hauptamtliche Diakoniestellen mit gemeinwesenorientierter Zielsetzung wären dafür notwendig.
- Empfehlenswert ist die Einrichtung von Beratungsstellen auf Landesverbandsebene.

Mit der Einrichtung der Projektstelle Soziale Stadt wurde als Konsequenz aus diesen Empfehlungen im Diakonischen Werk der EKD ein neuer Aufgabenschwerpunkt definiert, der die Schnittstelle von sozial-kultureller und städtebaulicher Stadtentwicklungspolitik bearbeitet. Mit einer zunächst befristeten Laufzeit (Oktober 2005 bis Mai 2007) wurden diakonische Akteure in den Landesverbänden und an örtlichen Leuchtturmstandorten fachlich und politisch unterstützt, neue Impulse zur Abwendung beziehungsweise Überwindung von sozialräumlicher Ausgrenzung von Menschen in Armutsquartieren in Städten und Gemeinden aufzugreifen. Durch Know-how-Transfer, Fachberatung, Qualifizierung wurden Multiplikatoren in den Landes- und Fachverbänden zur Nutzung der Förderstrategie Soziale Stadt gewonnen. Durch Fachveranstaltungen in den Landesverbänden konnte sichergestellt werden, dass insbesondere neue Förderstrategien von Bund und Ländern durch die Akteure vor Ort gezielter genutzt wurden.

Im Dezember 2006 wurde ergänzend dazu vom Lenkungsausschuss des Zentrums Familie, Integration, Bildung und Armut (FIBA) die Projektgruppe Soziale Stadt Plus berufen, um:

- im Rahmen einer regionalen Bestandsaufnahme für das Bundesland Hessen zusammen mit den involvierten Landesverbänden eine Übersicht zu erstellen, aus der exemplarisch hervorgeht, an welchen Standorten Diakonie und Kirchengemeinden bei der Umsetzung des Programms So-

ziale Stadt eingebunden sind. Diese Bestandsaufnahme soll zunächst Strukturen des diakonischen Engagements an den Sozialen-Stadt-Standorten vor Ort und auf Landesebene beschreiben und als Pilotstudie für alle interessierten Landesverbände dienen⁴

- auf der Grundlage dieser Ergebnisse Leitlinien und Grundsätze (Handlungsoptionen) für das Wirken von Diakonie und Kirche im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt im Sinne einer integrierten sozialen Stadtteilentwicklung zu formulieren. Diese sollen als Diskussionsgrundlage für einen Diakonie-Workshop auf Bundesebene und zur Weiterentwicklung von passgenauen Arbeitsstrukturen in Diakonie und Kirche in Bezug auf sozialräumliches, gemeinwesenorientiertes und arbeitsfelderübergreifendes Handeln im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt dienen.⁵

Aktuell lassen sich weitere Anknüpfungspunkte zur Sozialen-Stadt-Strategie auf der Ebene des Diakonischen Werkes der EKD identifizieren. Zu nennen ist die Konzeption „Die Rolle der Allgemeinen Sozialarbeit im Rahmen gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns der Diakonie (G2-Modell)“ in Ergänzung zu der „Rahmenkonzeption für die Allgemeine Sozialarbeit der Diakonie“.⁶

Im Rahmen des Diakonie-Workshops „Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt“ im März 2007⁷ wurden zur Umsetzung von Sozialer Stadt kritische Anmerkungen aber auch zukunftsweisende Anknüp-

⁴ Zur Umsetzung des Projektauftrags wurde ein Frageleitfaden zur Abfrage des Wirkens von Diakonie und Kirche an HEGISS-Standorten erarbeitet, der als Instrument allen interessierten Landesverbände für entsprechende Bestandsaufnahmen zur Verfügung stehen soll. (siehe Anhang: HEGISS-Frageleitfaden).

⁵ Im Rahmen des Diakoniewerkshops Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt – Neue Herausforderungen und Chancen für Kirche und Diakonie“ (14. März 2007 in Berlin-Neukölln) wurden die Ergebnisse der hessischen „Feldstudie“ und die daraus abgeleiteten „Optionen für Gemeinwesendiakonie“ vorgestellt und diskutiert. Die daraufhin überarbeiteten „Optionen“ sind im Anhang dokumentiert (siehe Anhang: Powerpoint-Fassung).

⁶ siehe: Diakonie Texte 09.2007 und Diakonie Korrespondenz 05/03, Diakonisches Werk der EKD.

⁷ siehe: Arbeitsergebnis PowerPoint-Präsentation und Ausführungen in Kapitel 5.

■ Soziale Stadt als Herausforderung an diakonisches Handeln im Gemeinwesen

fungspunkte benannt, die exemplarisch als Ausblick für diakonisches Handeln verstanden werden sollen:

- Bei den Trägern der sozialen Arbeit sowohl auf strategischer Leitungs- als auch auf operativer Handlungsebene ist es bisher oft versäumt oder auch die Chance nicht erkannt worden, die sich durch die Soziale Stadt und die neue Art der Konzeptions- und Umsetzungsstrategie des Förderprogramms des Bundes bietet.
- Das Diakonisches Werk der EKD und insbesondere das Zentrum FIBA hat die Impulse, die aus der Soziale Stadt als Bundesprogramm hervorgegangen sind, aufgegriffen und mit unterschiedlichen Ansätzen, die nicht immer unmittelbar Bezug auf dieses Programm genommen haben, vorangetrieben.
- Des Weiteren hat sich das Diakonisches Werk der EKD intensiv mit der Stärkung lokaler Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen auseinandergesetzt, die zur nachhaltigen Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt führen. Das Diakonische Werk der EKD hat mit der Handreichung zu Kooperation von Jugendhilfe und Schule eine für die lokale Ebene verwendbare Arbeitshilfe vorgelegt, und beteiligt sich an der Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung zum Ausbau von Mehrgenerationenhäusern. Die Unterstützung von Familien mit Kindern und die Aktivierung von älteren Menschen sind dabei ebenfalls ein großes Anliegen. Zivilgesellschaftliches, soziales und freiwilliges Engagement sind für die Diakonie vor Ort konstitutiv, aber es braucht Struktur, Ressourcen und professionelle Kompetenz, um dieses Engagement nachhaltig zu sichern.

4 Feldstudie: Beteiligung von Diakonie und Kirche in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt

Im Rahmen des Projektes Soziale Stadt plus sollte anhand der Gegebenheiten eines Bundeslandes exemplarisch die Beteiligung von Diakonie und Kirche an der Umsetzung des Bund-Länder-Programms dargestellt werden. Da in Hessen im bundesdeutschen Vergleich einzigartige Rahmenbedingungen und ein relativ hohes Maß an Transparenz bestehen, wurde dieses Bundesland ausgewählt. Durch den Aufbau und die Existenz eines trägerübergreifenden HEGISS-Netzwerkes und die Einbindung eines Gemeinwesenakteurs in einer landesweit agierenden HEGISS-Servicestelle sind in Hessen Arbeitsstrukturen entstanden, auf die Akteure in anderen Bundesländern hingewiesen werden sollen. Im Folgenden werden diese hessischen Strukturen und die Ergebnisse der Feldstudie vorgestellt.

4.1 Die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt

Die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) zielt auf die nachhaltige Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen und ökologischen Problemen. Grundlage der Initiative ist das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“. Diese Initiative bildet den Rahmen für eine abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten. Träger der Initiative sind in Hessen neben dem Land die Kommunen, die Wohnungswirtschaft, die örtliche Wirtschaft, die Träger der Sozialarbeit, Beschäftigungsträger sowie die Bevölkerung im Stadtteil.

Als konzeptionelle Grundlage dienen die gemeinsam entwickelten Leitlinien zur Umsetzung von HEGISS. Gefordert sind integrative Handlungskonzepte zur vernetzten Umsetzung folgender Programmbausteine:

- Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner
- Stärkung der lokalen Wirtschaft und Beschäftigung
- Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens
- Städtebauliche Stabilisierung
- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen

Zur Optimierung der interkommunalen und trägerübergreifenden Kooperation für die Soziale Stadt hat das zuständige Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (MWVL) eine entsprechende Servicestelle HEGISS eingerichtet. In dieser Servicestelle arbeiten in enger interdisziplinärer Kooperation die HA Hessen Agentur GmbH (HA), die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (LAG) sowie das Institut Wohnen und Umwelt GmbH Darmstadt (IWU). Ihre Dienstleistungen richten sich an Kommunen, Träger sozialer Arbeit/Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Akteure an den Standorten und die Landesebene. Zu den Aufgaben der Servicestelle gehören Beratung, Erfahrungsaustausch, Netzwerkarbeit, Wissenstransfer und Begleitforschung.

Um die besondere Bedeutung der Bewohneraktivierung sowie die Einbindung des gemeinnützigen Sektors bei der Umsetzung von Soziale Stadt in Hessen hervorzuheben, ist die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (LAG) als Partner in der Servicestelle verankert. Die LAG hat ihren Beratungs- und Unterstützungsauftrag insbesondere in den Themenfeldern Bewohnerbeteiligung, Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit, gemeinwesenorientierte Kinder- und Jugendhilfe sowie lokale Beschäftigungsförderung. Die LAG ist ein Netzwerk aus Bewohnerinitiativen und Gemeinwesenprojekten in Sozialen Brennpunkten, das sich

■ **Feldstudie: Beteiligung von Diakonie und Kirche in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative**

seit über 30 Jahren für die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für die Menschen in diesen benachteiligten Stadtteilen in Hessen einsetzt. Mitgliedsprojekte der LAG sind unter anderem auch örtliche Gemeinwesenprojekte der Diakonie oder der Evangelischen Kirche.

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.:
 Netzwerk von Bewohnerinitiativen und Projekten der Gemeinwesenarbeit aus Sozialen Brennpunkten unter Beteiligung unter anderem von evangelischer Kirche und Diakonie

Ziel: Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für die Menschen in Sozialen Brennpunkten beziehungsweise benachteiligten Stadtteilen

Zielerreichung: Wissenstransfer, Fachberatung, Netzwerkbildung, Lobby, Bildungs- und Zielgruppenarbeit, Konzeptentwicklung

Erfolge: Auflösung fast aller Obdachlosensiedlungen in Hessen

Forderung: Landesstrategie gegen sozialräumliche Ausgrenzung

LAG: Identifizierung von Sozialen Brennpunkten

- Sozialräumliche Ausgrenzung bezogen auf das Gemeinwesen
- teilweise Sozialraumanalysen, Sozialraumbesichtigung
- Experteneinschätzungen, Handlungsdruck, Stigmatisierung
- Politische Prioritätensetzung, Geldeinwerbung

LAG: Erkannter Handlungs- und Interventionsbedarf

- bis 2003: Förderstandorte nach dem „Brennpunkterlass“ des Hessischen Sozialministeriums (HSM)
- ab 1999: 36 Programmgebiete von Soziale Stadt im Rahmen Bund-Länder-Programm
- kommunale Soziale-Stadt-/Brennpunkt-Programme (u.a. Frankfurt/M.)
- mehr als 100 soziale Brennpunkte in Hessen (Einschätzung der LAG)

In Hessen hat sich ein sektor- und trägerübergreifendes HEGISS-Netzwerk entwickelt, aus dem eine Begleitstruktur auf Landesebene erwuchs, die das Land als Lenkungsgruppe bei der Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative berät und unterstützt.



Aktuell beabsichtigt das Land Hessen, diese Lenkungsgruppe um den Aufgabenbereich „Nachhaltige Stadtentwicklung“ zu erweitern. Hier wird auch die freie Wohlfahrtspflege über die Liga Hessen eingebunden. Den Kern dieser neuen Lenkungsgruppe bildet eine interministerielle Arbeitsgruppe, die neben Soziale Stadt auch alle weiteren hessischen

Stadtentwicklungsprogramme abdeckt. Zu verschiedenen Themenfeldern soll ein eng verzahnter Prozess von strategischen Partnerschaften (auf Landesebene) und operativen Partnerschaften (auf kommunaler Ebene) initiiert und umgesetzt werden, um damit die Effizienz und Bündelung von Ressourcen und (Förder-)Programmen zu erhöhen.

Mögliche Auswahlkriterien für Soziale-Stadt-Standorte (nach hessischem Erfahrungswissen)

- Regionale Auswahl, geografischer Proporz
- Verteilung auf Groß-/Mittel-/Kleinstädte
- Sozialindikatoren-gestützte Begründung im Rahmen von kommunalen Sozialraumanalysen
- Interessante politische Konstellation
- Überzeugendes Handlungskonzept, überzeugende Antragsstellung
- Interessensbekundung durch aktive Bürger und Bürgerinnen und/oder engagierte Träger und Kirchengemeinden

Hessische Leitlinien für die Umsetzung

- Grundsatzbeschluss kommunaler Gremien für ein soziales Stadtteilentwicklungskonzept (politischer Wille)
- Dezernats- und ämterübergreifende Koordination in Form einer Lenkungsgruppe mit Stadtteilbeauftragten
- Einrichtung eines Stadtteilbüros/Quartierzentrums
- Schaffung eines Träger- und Akteurnetzwerkes (zum Beispiel Trägerverbund, Stadtteilkonferenz)
- Dialog von Politik und Bürgern: Schaffung verbindlicher Beteiligungsgremien
- Unterstützung der (Selbst-)Organisation der Bürgerinnen und Bürger, Entwicklung geeigneter Beteiligungsformen

4.2 HEGISS- Bestandsaufnahme: Beteiligung von Diakonie und Kirche

Im Zeitraum von Mitte Dezember 2006 bis Mitte Februar 2007 wurden in einem ersten Schritt alle regionalen Diakonischen Werke und im Anschluss alle evangelischen Kirchengemeinden an den 36 HEGISS-Standorten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Bund-Länder-Programm mittels eines von der Projektgruppe entwickelten Frageleitfadens befragt. Die Antworten wurden im Hinblick auf Strukturda-

ten, Beteiligungsintensität, Rolle als strategische beziehungsweise operative Partner, Beteiligung an so genannten Schlüsselprojekten sowie die weiteren Perspektiven ausgewertet.

In Hessen sind – ähnlich wie in anderen Bundesländern auch – drei Landeskirchen mit ihren jeweiligen Diakonischen Landesverbänden angesiedelt. Dabei decken die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und das Diakonische Werk in Hessen und Nassau (DWHN) mit seinen regionalen Diako-

■ Feldstudie: Beteiligung von Diakonie und Kirche in der Hessischen Gemeinschaftsinitiative

nischen Werken die südlichen und südwestlichen Landkreise ab. Die Evangelische Kirche in Kurhessen-Waldeck (EKKW) und das Diakonische Werk in Kurhessen-Waldeck (DWKW) mit seinen regionalen Diakonischen Werken sind im Norden und Osten Hessens zu finden. Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) und ihr Diakonisches Werk (DWEKiR) bilden mitsamt ihrer regionalen Werke im Lahn-Dill-Kreis eine Insel.

Beteiligung an HEGISS

von 36 HEGISS-Standorten

- sind an 10 Standorten 6 von 16 möglichen regionalen Diakonischen Werken beteiligt
- sind an 28 Standorten evangelische Kirchengemeinden beteiligt
- bei allen befragten regionalen Diakonischen Werken und evangelischen Kirchengemeinden ist das Programm Soziale Stadt bekannt.

Projektpräsenz vor HEGISS

- fast alle evangelische Kirchengemeinden waren mit Kinder- und Jugendangeboten in der Gemeinde aktiv
- fast keine regionalen Diakonischen Werke waren direkt vor Ort präsent. Möglicherweise wurde die Präsenz von anderen diakonischen Diensten und/oder Einrichtungen sichergestellt. Hierzu wäre eine weitere Befragung notwendig.

Strategische Partnerschaft

das heißt Partner/Beauftragter im Stadtteilmanagement beziehungsweise Quartiermanagement

Von 36 HEGISS-Standorten sind Kirche oder Diakonie an 7 Standorten strategische Partnerinnen, davon

- 2 mal Evangelische Kirche in Kurhessen-Waldeck (Eschwege: regionale Diakonische Werke im Verbund mit anderen Trägern / Erlensee: evangelische Kirchengemeinde alleiniger Träger)

- 3 mal Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (Gießen: evangelische Kirchengemeinde im Verbund mit anderen Trägern / an 2 Standorten in Darmstadt: regionale Diakonische Werke im Verbund mit Caritas)
- 2 mal Evangelische Kirche im Rheinland (Wetzlar: zunächst evangelische Kirchengemeinden alleiniger Träger, aktuell: Übergabe an regionale Diakonische Werke / Aßlar: regionale Diakonische Werke alleiniger Träger)

Fazit:

Nur an 18 Prozent der HEGISS-Standorte sind Kirche und/oder Diakonie als strategische Partnerinnen aktiv.

Operative Partnerschaft

das heißt Beteiligung an Projekten/Planungen, Foren/Beiräten/usw.

Von 36 HEGISS-Standorten sind Kirche oder Diakonie an

- 9 Standorten mit regionalen Diakonischen Werken:
 - 3 mal EKiR
 - 6 mal EKKW
 - 3 mal EKHN
- 23 Standorten mit evangelischen Kirchengemeinden:
 - 3 mal EKiR
 - 9 mal EKKW
 - 1 mal EKHN, dabei 6 mal in Kooperation mit regionalen Diakonischen Werken operative Partnerin

Fazit:

An 75 Prozent der HEGISS-Standorte treten Kirche und/oder Diakonie als operative Partnerinnen in Erscheinung.⁸

⁸ Anmerkung: Viele der befragten regionalen Diakonischen Werke und evangelische Kirchengemeinden bemängelten die nicht ausreichenden Möglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner-Beteiligung. Diese Gruppe sei in den Lenkungsgruppen in der Regel unterrepräsentiert!

Schlüsselprojekte-Präsenz

in zentralen Handlungsfeldern

Von 36 HEGISS-Standorten sind Kirche oder Diakonie an

- 10 Standorten mit regionalen Diakonischen Werken:
 - 3 mal EKiR
 - 4 mal EKKW
 - 3 mal EKHN
- 20 Standorten mit evangelischen Kirchengemeinden:
 - 2 mal EKiR
 - 8 mal EKKW
 - 10 mal EKHN, davon 5 gemeinsam mit evangelischen Kirchengemeinden mit Schlüsselprojekten in zentralen Handlungsfeldern aktiv.

Fazit:

An 70 Prozent der HEGISS-Standorte sind Diakonie und Kirche im Rahmen von Schlüsselprojekten tätig.⁹

Phase der Bearbeitung

Von 36 HEGISS-Standorten befindet sich der Prozess der Umsetzung des Bund-Länder-Programms

- an 5 Standorten in der Startphase (Laufzeit unter 6 Jahren)
- an 14 Standorten in der Hauptphase (3 bis 6 Jahre)
- an 15 Standorten in der Verstetigungsphase (7 bis 10 Jahre)¹⁰
- 2 Standorte sind während des Prozesses aus dem Programm aus-/umgestiegen.

⁹ Anmerkung: Die zentralen Handlungsfelder sozial-kulturelle Infrastruktur und Bewohneraktivierung, Bildungsarbeit werden dabei in besonderem Maße bedient. Die zentralen Handlungsfelder Beschäftigungs-/Ökonomieprojekte und städtebauliche Verbesserungen finden nur wenig Berücksichtigung.

¹⁰ Anmerkung: Zu Verstetigungsszenarien kann (noch) wenig berichtet werden.

Interesse an Perspektiven

- 100 Prozent der beteiligten regionalen Diakonischen Werke
- 80 Prozent der beteiligten evangelischen Kirchengemeinden sind an einer stärkeren Beteiligung am Prozess interessiert.

Fazit:

Die Beteiligung von Diakonie und Kirche ist ausbaufähig!

Die Diakonie wird als Beraterin gewünscht!!

4.3 Einschätzung und Bewertung der HEGISS-Präsenz

Typologien der Trägerkooperation

Aufgrund der Antworten aus den Befragungen konnten im Blick auf die institutionalisierte Umsetzung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt verschiedene Typen von Trägerschaften definiert werden, die im Folgenden dargestellt sind:

Typ: Einzelakteur

Der Einzelakteur ergreift vor Ort die Initiative und platziert sich im Bund-Länder-Programm unter weitgehendem Verzicht auf trägerübergreifende Kooperationen. Es lassen sich zwei Ausprägungen von Einzelakteuren ausmachen:

- Die Diakonische Gemeinde als Parochie übernimmt weite Teile diakonischer Tätigkeit und Angebote selbst und in eigener Verantwortung (zum Beispiel Wetzlar-Niedergirmes);
- Der Diakonische Träger oder eine Einrichtung tritt als Monopolist auf und verteidigt seinen Status gegenüber Außeneinflüssen. Dies kann allerdings weiteren Interessierten den Zugang erschweren.

Typ: Trägerkooperation

Mehrere Träger unterschiedlicher Verbandszugehörigkeit (zum Beispiel Diakonie und Caritas) schließen einen Kooperationsvertrag. Dieser definiert eine gemeinsame und gleichberechtigte Verantwortung

bei der Programmumsetzung (zum Beispiel Darmstadt-Kranichstein und Darmstadt-Eberstadt).

Typ: Trägerverbund

Mehrere Institutionen schließen sich – auch sektorübergreifend (zum Beispiel mit Verwaltung, Wohnungswirtschaft) – zusammen, gründen gegebenenfalls sogar einen neuen Rechtsträger. Dieser hat die Verantwortung für die konzeptionellen, finanziellen und juristischen Belange bei der Programmumsetzung (zum Beispiel Gießen-Nordstadt, Eschwege).

Typologien der Projektpartnerschaften

An den Standorten selbst bestehen für Kirche und Diakonie im Zusammenspiel mit den anderen örtlichen Akteuren unterschiedliche Möglichkeiten des Sich-Einbringens:

Typ: Starke Partner

Diakonische Einrichtungen und Dienste sowie Kirchengemeinden können sich als zentrale strategische Soziale-Stadt-Partnerinnen im Quartiermanagement engagieren. Auch hierbei lassen sich in Analogie zu den Trägertypen unterschiedliche Ansatzpunkte unterscheiden:

- als Einzelakteure
- als Kooperationsakteure (trägerübergreifend)
- als Verbundakteure (sektorübergreifend)

Eine Alternative zur strategischen Partnerschaft ist die operative Soziale-Stadt-Partnerschaft: Diakonische Dienste und Einrichtungen und Kirchengemeinden sind mit einer zentralen, wahrnehmbaren Funktion an der direkten Umsetzung des Bund-Länder-Programms beteiligt – wiederum in Analogie zur Trägertypologie:

- als Einzelakteure
- als Kooperationsakteure
- als Verbundakteure

Eine Beteiligung von Kirche und Diakonie ist allerdings auch ohne vertragliche Bindung zu anderen Akteuren und ohne Anbindung an das Programm

denkbar, indem eine Reihe von Angeboten mit dem Status eines zentralen Projektpartners vorgehalten beziehungsweise in die Soziale Stadt eingebracht werden.

Typ: Periphere Partner

Bei diesem Typus, der überwiegend auf den ländlichen Raum zutrifft, findet keine konkrete Beteiligung von Kirche und Diakonie bei der Umsetzung des Programms statt – die Schwerpunkte der Arbeit liegen in anderen Themenfeldern. Häufig ist in diesen Gebieten die Idee von Soziale Stadt auf politischer Ebene noch nicht umfassend bekannt und wird tatsächlich eher auf urbane Räume bezogen.

Kategorisierung der Beteiligungsintensität von Kirche und Diakonie

Kirchengemeinde im Sinne von Parochie, die Mitgliedschaft über den Wohnort organisiert, ist immer schon gemeinwesenorientiert strukturiert und von daher Partnerin für jede Form von Gemeinwesenentwicklung. In der Kirchengemeinde liegt – bewusst oder unbewusst – hohe Kenntnis über Lebenslagen und Lebenszusammenhänge der Menschen vor, wobei die Gemeindeglieder diese Lebenserfahrungen in Ausschnitten teilen. Außerdem existieren in der Kirchengemeinde Zugänge zu den Haushalten und Kontaktwege zu den Menschen.

Gleichzeitig ist die Verhältnisbestimmung von Kirchengemeinde und Diakonie ein aktuelles Thema vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Jahrzehnten der diakonische Auftrag immer deutlicher an Fachleute delegiert worden ist. Die Bewegung von der Gemeindegliederschwester hin zur Pflegezentrale mag hier stellvertretend stehen. Damit verbunden war eine wertvolle Professionalisierung in wichtigen Aufgabenfeldern, aber teilweise auch eine Separierung von Kirche und Diakonie. Die Rückgewinnung diakonischen Profils für Kirchengemeinden wird somit neu zur Aufgabe.

Dass Kirchengemeinden immer deutlicher gefordert sind, sich durch Schwerpunktsetzung zu profilieren, da aufgrund knapperer Ressourcen nicht mehr überall alles angeboten werden kann, stellt eine weitere aktuelle Herausforderung dar. Solche Profilierung

kann dort gelingen, wo über die Neigung Einzelner hinaus Leitungsgremien bewusst Schwerpunkte setzen und sich dadurch mit Nachhaltigkeit für einen Weg entscheiden, auf dem sie möglichst viele Menschen mitnehmen. Solche Schwerpunktsuche wird sich immer an den Bedürfnissen und Fragen der Gemeindemitglieder orientieren müssen und ist damit ein Zugangstor zu einer am Gemeinwesen orientierten Gemeindearbeit, die sich einen diakonischen Schwerpunkt gibt, wo es geboten ist.

Auf dieser Basis und den definierten Träger- und Partnerschaftstypologien lässt sich in einem nächsten Schritt die Intensität der Beteiligung von Diakonie und Kirche kategorisieren, wobei auch hier unterschiedliche (Ideal-)Typen von Beteiligungsgraden festgestellt werden können.

Kategorien zur Intensität diakonischer Beteiligung

Kategorie: Diakonie als Kontextakteurin

Die Diakonie ist mit Diensten und/oder Einrichtungen bereits am Standort vertreten. Das Bund-Länder-Programm stellt eine ideale Ergänzung zum bisherigen Angebot dar. Dies bewegt die Einrichtung beziehungsweise den diakonischen Dienst, den Prozess der Beteiligung am Programm zu initiieren und voranzutreiben. Diakonie findet sich als Einzelakteur, in der sektor- und/oder trägerübergreifenden Kooperation oder gar im Verbund mit anderen Akteuren am Standort. Die Partnerschaft kann hierbei strategisch aber auch operativ ausgeprägt sein.

Kategorie: Diakonie als Projektakteurin

Diakonische Dienste und Einrichtungen nutzen die Gelegenheit, über das Bund-Länder-Programm und seine Tender-Programme (LOS / E&C etc.), Projektmittel zu akquirieren und auf diesem Weg neue Angebote zur Verfügung zu stellen. Wenn Diakonie als Projektakteurin aktiv ist, wird dieser Ansatz meist im Rahmen einer Kooperation oder im Verbund auf Basis einer operativen Partnerschaft gelebt.

Kategorie: Diakonie als Beobachterin

Eine Beteiligung am Programm Soziale Stadt wird erst nach einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analy-

se und der Beobachtung der Entwicklung am Standort in Betracht gezogen. In der Praxis hat diese Haltung im Falle der Entscheidung für eine Aktivität meist eine Beteiligung im Rahmen einer zentralen Projektpartnerschaft – ohne vertragliche Anbindung an das Programm – zur Folge. Als Möglichkeit des Einstiegs kann sich daraus aber auch eine operative oder sogar strategische Partnerschaft, unter Umständen sogar in Form einer Initialzündung für andere Standorte, entwickeln.

Kategorien zur Intensität kirchlicher Beteiligung

Kategorie: Kirche als Wühlerin

Eine Gemeinde bringt eine sehr starke Prägung als „Kirche für andere“ mit und ist in ihrem Gemeindeverständnis deutlich diakonisch entwickelt. Der Fokus liegt weniger auf der Vereinsgemeinde rund um das Gemeindehaus, als vielmehr sehr volksgemeinlich auf dem Gemeinwesen als Feld christlicher Bewährung. Aus dieser Haltung heraus drängt die Gemeinde zur strategischen Partnerschaft, wird Motor und zentrale Akteurin. Sie scheut die notwendige Einlassung auf Spielregeln der Verwaltung und Politik nicht. Im ungünstigen Fall dominiert sie den Prozess, im günstigen Fall tritt sie aktivierend auf.

Kategorie: Kirche als Involvierte

Weil das Ziel aller Kommunikation des Evangeliums immer in Wort und Tat die Menschen sind, versteht sich die involvierte Kirche ganz selbstverständlich als Teil des Prozesses im Quartier. Dahinter können ganz unterschiedliche Motivationen leitend sein. Manche Gemeinden haben von ihrem Wohnumfeld her traditionell einen diakonischen Schwerpunkt, andere verstärken damit ihren seelsorgerlichen Ansatz oder definieren ihr missionarisches Selbstverständnis in dieser Weise. Immer entwickelt sich an der Beteiligung im Prozess Gemeindeleben und damit dient diese auch dem Gemeindeaufbau.

Kategorie: Kirche als Genötigte

In diesem Fall spielen öffentlicher Druck und Imagefragen eine entscheidende Rolle. An sozialen Aufgaben kann Kirche nicht vorbeigehen, auch wenn intern vielleicht die Einschätzung vorherrscht, da-

für sei die Diakonie zuständig. Diese Haltung wird bei Betrachtung der Stellenreduzierungen und des Sachmittelrückgangs, die viele Kirchengemeinden beschäftigen, nachvollziehbar. Bei der Diskussion um die Kernaufgaben wird häufig gerade an diesen Fragen die Abgrenzung vollzogen. Und auch der verantwortliche Umgang mit der Zeit und Kraft von Ehrenamtlichen lässt dann nur zögerliches Einlassen auf neue Projekte im Gemeinwesen zu: „Profiliert uns das als Glaubensgemeinschaft deutlich genug?“ ist hier eine häufig gestellte Frage.

Schlussfolgerung

An allen Standorten und in jeder Form der Einlassung sind Diakonische Dienste und Einrichtungen sowie Kirchengemeinden mit der Frage befasst, was es bedeutet, in der Gemeinwesenarbeit neben ande-

ren zum sozialen Akteur und Anbieter zu werden und die Profilierung des Evangelischen zu entwickeln.¹¹

Das gelingt dort am eindeutigsten, wo in großer Klarheit die Anwaltschaft für Bedrängte und Bedrückte als christliche Wurzel im Bewusstsein ist und gleichzeitig der partizipative Ansatz der Gemeinwesenarbeit als Chance für die Gemeindeentwicklung erkannt wird. In diesem Sinne gilt es, ein Handlungskonzept zu entwickeln, das die notwendigen Elemente der Gemeinwesenarbeit, der Gemeinwesenorientierung und der Gemeindediakonie in sich vereint und – angepasst an die aktuelle Situation – adäquat wiedergibt.

¹¹ vgl. dazu auch 8. Leuchtfuehr, in: Rat der EKD, 2006: Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert.

5 Empfehlungen zur Profilierung von Gemeinwesendiakonie in der Sozialen Stadt

5.1 Leitlinien für Gemeinwesendiakonie

Dass Diakonie eine Wesens- und Lebensäußerung der Kirche ist, gilt inzwischen als ekklesiologische Selbstverständlichkeit: „Kirche ist diakonische Kirche oder sie ist nicht Kirche.“¹² Dies gilt es auf allen Ebenen der Kirche umzusetzen. Es ist aber insbesondere an der kirchlichen Basis von Kirchengemeinden und diakonischen Handlungsfeldern jeweils neu in die gesellschaftliche Wirklichkeit zu übertragen. Gemeindliches Leben antwortet damit auf die befreiende Botschaft des Evangeliums. „Seid aber Täter des Wortes und nicht Hörer allein, sonst betrügt ihr euch selbst“ (Jakobus 1,22): Nicht um vor Gott zu bestehen, sondern weil der Glaube selbst zur tätigen Liebe drängt, nimmt die christliche Gemeinde die Nächsten in ihren Lebenslagen und Lebensumständen aufmerksam wahr und ist damit aus einer grundlegenden inneren Bewegung heraus auf das Gemeinwesen bezogen.

Vorrangige Option für die Armen

Mit dem gesellschaftlichen Reichtum wächst die Ungleichheit in Deutschland und damit auch die Armut. Immer mehr Menschen sind von den Möglichkeiten, die die Gesellschaft bietet, ausgeschlossen. Ihre Chancen auf eine angemessene Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sind in vielerlei Hinsicht eingeschränkt: Ihre Wohn- und Lebenssituation ist schlechter als die des Durchschnitts, ebenso ihre Gesundheit und ihre Lebenserwartung. Sie erleben sich als ausgegrenzt und viele von ihnen sehen keine Chancen, ihre Lebenssituation aus eigener Kraft zu ändern. Die Armutsdenkschrift der EKD hat vor diesem Hintergrund die besondere Verantwortung

der Kirche und ihre vorrangige Option für die Armen nachdrücklich unterstrichen.¹³

Notlagenprävention durch Gemeinwesendiakonie

Der Arbeit in benachteiligten Gemeinwesen kommt beim Einsatz für die gerechte Teilhabe der Armen eine vorrangige Bedeutung zu. Hier sind gemeinwesenorientierte Ansätze zu verfolgen, die den von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffenen Menschen Mitwirkungs-, Selbsthilfe- und Teilhabechancen bieten. Diakonische Einrichtungen, regionale Diakonische Werke und Kirchengemeinden sollten zur Erreichung dieses Ziels eng miteinander und mit anderen Akteuren im Stadtteil kooperieren. Diakonische Gemeinde und gemeinwesenorientierte Diakonie ergänzen sich so zur Gemeinwesendiakonie, die nicht erst auf soziale Notlagen reagiert, sondern aktiv daran mitarbeitet, funktionierende Sozialräume zu gestalten und Notlagen präventiv zu verhindern.

Von „Kirche für andere“ zu „Kirche mit anderen“

Kirchengemeinden kommen hier besondere Chancen zu, denn sie sind vor Ort mit handelnden Personen und mit ihrer Infrastruktur präsent. Kirchengebäude und Gemeindehäuser, Kindertagesstätten und Jugendzentren (oder Jugendräume) sind vielerorts vorhanden, Pfarrer und Pfarrerinnen, Gemeindemitarbeiter und -mitarbeiterinnen und Kirchenvorsteher und -vorsteherinnen wohnen und arbeiten im Quartier. Sie sind Teil des Lebens im Stadt- und Orts- teil. Oft haben sie längst ein Selbstverständnis der „Kirche für andere“ (Proexistenz¹⁴) entwickelt und sind mit diakonischen Angeboten präsent (Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse, Tafeln, Kleiderkammern

¹²Karl-Fritz Daiber, Volkskirche der Zukunft – eine diakonische Kirche?. in Ders., Religion in Kirche und Gesellschaft: theologische und soziologische Studien zur Präsenz von Religion in der gegenwärtigen Kultur, Stuttgart/Berlin/Köln 1997. S. 275.

¹³vgl. Gerechte Teilhabe, S. 15 u. Abs. 65 – 68.

¹⁴vgl. Dietrich Bonhoeffer. Zu Bonhoeffers Kirchenbegriff vgl. E. Lange, Kirche für andere, Ev. Theol. 1967, S. 513ff.

etc.). Gemeinwesendiakonie entwickelt dieses Verständnis weiter zu einer „Kirche mit anderen“ (Konvivenz¹⁵), in der die Zielgruppen zur Hilfe zum eigenen Handeln ermutigt und bei der Organisation von Selbsthilfe unterstützt werden. Kirchengemeinde bleibt eine Partnerin unter anderen, bringt sich mit eigenen Möglichkeiten und eigenen Interessen ein und gewinnt im Dialog mit anderen Akteuren an Profil und entwickelt sich weiter.

Hier wird das Verhältnis von Christengemeinde und Bürgergemeinde als ein Verhältnis resolut gelebter Solidarität unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen aktualisiert. Die Christengemeinde, die für die Bürgergemeinde betet, macht sich damit auch Gott gegenüber verantwortlich für das Gemeinwesen. Weitere theoretische Fundierung wie praxiserprobte Ansatzpunkte zur Umsetzung finden sich auch in der Community Organizing-Strategie, die in den USA entwickelt wurde und inzwischen an verschiedenen Orten in Deutschland erprobt wird.¹⁶

Ganzheitliches diakonisches Profil im Gemeinwesen

Gemeinwesendiakonie kann in der Verbindung von verbandlichen, gemeindespezifischen und selbsthilfeorientierten Aktivitäten, im Zusammenführen von Modernität und christlichem Profil, von Sozialraumorientierung und Gemeindenähe und in der Kooperation mit anderskonfessionellen und nichtkirchlichen Institutionen das Programm von „Wichern III“¹⁷ realisieren: „Erst wenn sich alle kirchlich-diakonischen Kräfte zusammen mit anderen sozialen Kräften und Gruppen für breite soziale Lernprozesse öffnen, kann in der Gesellschaft eine

Kultur des Sozialen wachsen, die mit jedem Tag notwendiger wird“.¹⁸

Im lokalen Gemeinwesen, das heißt in den örtlichen Kirchengemeinden beziehungsweise Ortskirchen gilt es, ein ganzheitliches diakonisches Profil in diesem Sinne zu entwickeln und sichtbar zu machen. Durch die (zivil-)gesellschaftliche Verankerung der christlichen Gemeinschaft in den Nachbarschaften und die professionellen Zugänge der diakonischen Dienste zu den lokalen Lebenswelten der Armut sind vielfältige Potenziale vorhanden, die es als gemeinsame Ressource Gemeinwesendiakonie zur Gestaltung der Sozialen Stadt beziehungsweise Sozialen Gemeinde zu bündeln gilt. Dazu gehört das ganze Spektrum des lokalen diakonischen Handelns: die diakonische Gemeindearbeit vor Ort, von der Seelsorge bis zur ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfe, von der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bis zur Altenarbeit in den Sozialstationen etc.

Dieses muss verknüpft werden mit den lokalen und regionalen Angeboten und Dienstleistungen der diakonischen Träger und Unternehmungen, von den spezialisierten Diensten und Fachberatungsstellen bis zu Alten- und Behinderteneinrichtungen etc.. Auf der Ebene der Kirchenkreise und regionalen Diakonischen Werke und Einrichtungen gilt es, das gemeinsame Erscheinungsbild der diakonischen Gemeinschaft im Sinne dieser Option zu profilieren und zu stärken. Von Seiten der überregionalen Ebenen der Bundes-, Landes- und Fachverbände sowie der entsprechenden Ebenen der Kirchenverwaltung muss dazu entsprechende Unterstützung geleistet und es müssen Impulse gesetzt werden.

5.2 Optionen der Gemeinwesendiakonie

In dem hier vorgelegten Verständnis einer Gemeinwesendiakonie liegen besondere Chancen für ein

¹⁵Theo Sundermeier schlug mit Blick auf die Ökumene vor, „den Begriff der Pro-Existenz in der Ekklesiologie durch den der Konvivenz zu ersetzen.“ (Ders., Konvivenz als Grundstruktur ökumenischer Existenz heute, in: Ökumenische Existenz heute Nr. 1/1986, S. 49).

¹⁶vgl. zum Beispiel die entsprechende Konzeption des Diakonischen Werkes Oldenburg (Peter Szyzka, „Vom Fall zum Feld“. Weiterentwicklung gemeinwesen- und gemeindeorientierten Handelns durch Community Organizing. Konzeption, Diakonisches Werk Oldenburg, 7. Oktober 2006.)

¹⁷vgl. Theodor Strohm, „Wichern III: Die neue Kultur des Sozialen, in: ZEE 42. 1998, 171 – 175.

¹⁸Thomas Mäule, Anette Leis: Wichern III: Diakonische Profilierung und Sozialraumorientierung als Herausforderung für Gemeinden und diakonische Einrichtungen. Württembergische und europäische Perspektiven, in: Arndt Götzelmann (Hg.): Diakonische Kirche. Anstöße zur Gemeindeentwicklung und Kirchenreform. Festschrift Theodor Strohm [Veröffentlichung des DWI Bd. 17], Heidelberg 2003, S. 164.

neues und verstärktes Zusammenwirken von Diakonie und Kirche vor Ort, wie es in letzter Zeit immer wieder gefordert wird.¹⁹ Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen und Dienste können durch intensives Zusammenwirken im Gemeinwesen deutlich an evangelischem Profil gewinnen, indem sie ihren missionarischen und diakonischen Auftrag gemeinsam entfalten. Dieses Plädoyer zur Entwicklung von Gemeinwesendiakonie beinhaltet verschiedene Optionen, die im Folgenden benannt werden.

Option für benachteiligte Gemeinwesen

Traditionell benachteiligte Stadtteile sind von Armutproblemen in besonderer Weise betroffen. Großen Teilen der Bevölkerung gerade dieser Gemeindegebiete sind nicht nur individuell sondern auch gemeinschaftlich Teilhabechancen verwehrt. Längst weiten sich diese Problemlagen auch auf kleinstädtische und ländliche Wohnbereiche aus. Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wirkt nur an einem geringen Teil dieser Orte, an denen die Entwicklung einer Gemeinwesendiakonie sinnvoll und nötig ist. Für soziale Brennpunkte und Armutsquartiere leitet sich daraus zwingend eine besondere soziale Verantwortung der diakonisch Handelnden ab, die sich der Anwaltschaft für diese Quartiere und für dort lebende, von sozialer Ausgrenzung betroffene und bedrohte Bevölkerungsgruppen stellen (s.o.: Kap. 5.1.1 Option für die Armen).

Die Akteure der Gemeinwesendiakonie stellen sich dazu nicht allein den spezifischen Problemlagen dieser Gemeinwesen, sondern erkunden die Potenziale dieser Quartiere und stärken die Ressourcen der Menschen in ihren Nachbarschaften und Netzwerken. Die Aktivierung von Betroffenen und die Einbindung weiterer (Schlüssel-)Akteure sind unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Konzepte, Strategien und Projekte zur Stadtteil- beziehungsweise Gemeindeentwicklung mit dem Gemeinwesen erfolgreich durchgeführt werden und nachhaltige Wirkungen erzielen können.

¹⁹vgl. „Kirche der Freiheit“ – Impulspapier des Rates der EKD, Leuchtfener 8.

Option für Gemeinwesenarbeit

Die diakonischen Träger und Einrichtungen entwickeln ihre Beratungs- und Dienstleistungsangebote nach den sich verändernden Bedarfslagen in den Sozialräumen weiter und richten diese an den aktuellen Bedürfnissen der Zielgruppen und örtlichen Gegebenheiten aus. Die verschiedenen Fachdisziplinen entwickeln eine gemeinsame Kompetenz für den Sozialraum und bilden lokale Netzwerke beziehungsweise Partnerschaften zur Implementierung und Sicherung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit (GWA). Quartiermanagement (gegebenenfalls als neue Ressource) sucht seine Verankerung und Erdung im Gemeinwesen und erschließt zusätzliche Potenziale vor allem im aber auch über den Standort hinaus.

Gemeinwesendiakonie bezieht dazu alle regionalen kirchlichen und diakonischen (Arbeits-)Strukturen ein. Sie bringt sich aktiv ein in partizipative Sozialraumplanung und unterstützt die Entwicklung eigenständiger Selbsthilfeinitiativen und Bürgerorganisationen. Zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft stellen Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen ihre Logistik und Räumlichkeiten bereit, und öffnen diese zu lokalen Zentren beziehungsweise Orten der Nachbarschaft und Gemeinwesenarbeit. Gemeinwesendiakonie versteht sich als Motor zur Erarbeitung von lokalen Entwicklungskonzepten auf der Basis von aktivierenden Planungsverfahren.

Option für Kooperation

Zur Gestaltung von gemeinwesenbezogenen Entwicklungskonzepten bedarf es der Unterstützung von gemeinsamen Initiativen zur Durchsetzung von entsprechenden lokalen Strategien und Aktionsplänen. Dazu sind träger- und sektorübergreifende Allianzen (öffentlicher, wirtschaftlicher und gemeinnütziger beziehungsweise zivilgesellschaftlicher Sektor) entsprechend einzubinden. Kooperation im Gemeinwesen heißt, Aufbauarbeit zur Konstituierung von Entwicklungspartnerschaften zu leisten, die den Rahmen der Gemeinwesendiakonie nutzt, um Projekte und Vorhaben im Sozialraum zu realisieren. Dabei gilt es, trägerspezifische Profile und Interessen zu berücksichtigen sowie insbesondere

auch Graswurzelinitiativen aus dem Gemeinwesen zu integrieren. Spezifische Stärken der Beteiligten sind unter Wahrung und Respektierung sozial-kultureller Identitäten, aber auch Eigeninteressen zu beachten und zu nutzen. Die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in den Lebenswelten der Menschen vor Ort ist dabei ausdrückliches Ziel.

Es gilt, eine Win-win-Strategie unter den beteiligten beziehungsweise zu beteiligenden Akteuren zu etablieren und die Handlungskompetenzen möglicher Koproduzenten im Gemeinwesen zu stärken. Durch eine Zusammenarbeit im Sinne einer Koop-kurrenz (Kooperation bei gleichzeitiger Konkurrenz) unter relevanten Akteuren des öffentlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sektors kann es durch gemeinsame Finanzakquise gelingen, gebietsbezogene Verfügungsfonds aufzubauen und/oder öffentliche Förder-Töpfe zu integrierten Sozialraumbudgets weiter zu entwickeln.

Option für Nachhaltigkeit

Zur Sicherung von nachhaltigen positiven Wirkungen gemeinwesendiakonischen Handelns insbesondere in benachteiligten Sozialräumen bedarf es in den permanenten kirchlichen und diakonischen Arbeitsstrukturen und (Regel-)Institutionen kontinuierlicher Aufmerksamkeit. Gemeinwesendiakonie muss sich in so genannten lokalen Entwicklungspartnerschaften als verlässliche und transparente Akteurin präsentieren, indem sich Diakonie und Kirche selbst als zentrale Gewährleisterinnen personeller und finanzieller Ressourcen in soziale Gemeinwesenentwicklung einbringen. Beide übernehmen Mitverantwortung dafür, dass öffentliche, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Ressourcen für nachhaltiges Engagement erschlossen und gebündelt werden.

Dazu bedarf es kompetenter Strukturen zur Finanzakquise und politischen Einflussnahme. Gemeinwesendiakonie versteht sich so als Motor und Gestalterin von Politik in und mit dem Gemeinwesen, organisiert dort Lobbyarbeit und entwickelt nachhaltige Politikstrukturen mit den Bürgergruppen. Neben den Eigenmitteln müssen auch öffentliche

Mittel für Projekte der Gemeinwesendiakonie nachhaltig gesichert und zusätzlich akquiriert werden, die auch temporär zur Aufstockung von Sozialraumbudgets beziehungsweise Quartierfonds genutzt werden können. Neben Aktionen zur Sicherung und Entwicklung von sozialem Kapital kommt der Förderung der lokalen Ökonomie zur Stärkung von Wertschöpfung und Beschäftigung im Nah- beziehungsweise Regionalraum eine besondere Bedeutung zu: Bewährte und innovative Formen gemeinwohlorientierter und solidarischer Gemeinwesenökonomie gilt es, neu zu entwickeln. Auch hier kann Gemeinwesendiakonie dazu beitragen, dass sich Gemeinwesenökonomie (zum Beispiel Wohnungsgenossenschaften, Gemeinwesenstiftungen, Tauschringe) entwickelt und selbsttragende Gemeinwesenorganisationen (zum Beispiel Stadtteilvertretungen, Bewohnervereine) sowie nachhaltige Strukturen zur Stärkung von Bewohnerengagement entstehen.

5.3 Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie

Zur Umsetzung von Gemeinwesendiakonie müssen auf verschiedenen Arbeitsebenen Strukturen auf-, aus- und gegebenenfalls umgebaut werden:

Arbeitsebene: Lokales Gemeinwesen

Im Gemeinwesen, das heißt in sozialräumlich zu definierenden Kontexten, bedarf es kompetenter und handlungsfähiger lokaler evangelischer Netzwerke, die in der Lage sind, sich in sektor- und trägerübergreifende Entwicklungspartnerschaften einzubringen und lokale, gemeinwesenbezogene Entwicklungsstrategien gestalten und beeinflussen können. Gemeinwesendiakonie führt kirchlich-diakonische (Schlüssel-)Akteure zusammen, um deren Erfahrungswissen aus den Lebenswelten, deren Kenntnisse in den Strukturwelten sowie deren vielfältige Ressourcen zu Kompetenznetzwerken für soziale Nahräume zu bündeln. Diese gemeinwesenbezogenen Fach- und Feldkompetenzen sind zu nutzen, um gemeinsame Ziele zu verfolgen, die nicht nur im eigenen (Trägerinteresse) sondern viel mehr im Gemeinweseninteresse fachlich und politische Relevanz darstellen.

Konkret bedeutet dies, eine zielorientierte Zusammenarbeit von zum Beispiel Pfarrer und Pfarrerrinnen, Vertretungen aus Kirchenvorständen, aktiven evangelischen Gemeindegliedern und Diakonie-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Bezug zur ganzheitlichen, integrierten Gemeinwesen- und Gemeindeentwicklung zu konstituieren. Dieses so initiierte Netzwerk Gemeinwesendiakonie verschafft sich zunächst intern Klarheit über eigene Ziele und Strategien, um in Kooperationsstrukturen mit anderen erfolgreich zu sein. Zur Koordination braucht dieses Netzwerk Personen, das heißt Gemeinwesenbeauftragte, die diese Zusammenarbeit organisieren und verbindliche Kooperationsbeziehungen und Partnerschaften im Gemeinwesen gestalten.

Auf den regionalen Ebenen (Stadt/Landkreis beziehungsweise Kirchenkreis/Dekanat) bilden diese Gemeinwesenbeauftragten eine Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesendiakonie, um sozialraum-übergreifend gemeinsame Strategien für benachteiligte Gemeinwesen zu entwickeln sowie nach innen und außen zur Profilierung von Gemeinwesendiakonie beizutragen. Um Problemverlagerungen in der Gesamtstadt/-region frühzeitig entgegenwirken zu können, übernehmen trägerübergreifende Arbeitskreise Soziale Stadtentwicklung Beobachtungs- und Planungsfunktionen. Auch hier bildet Gemeinwesendiakonie geeignete Arbeitsstrukturen aus.

Gemeinwesendiakonie wird auf diesem Wege nicht nur zu einem operativen sondern gegebenenfalls auch zu einem strategischen Partner einer nachhaltigen Sozialraumentwicklung. So aufgestellt, kann sie auch trägerübergreifende Kompetenz stärken, indem sie entsprechende Arbeitskreise und Trägerverbände initiiert und die öffentlichen Planungsverfahren auch mit der Perspektive zur Mitarbeit in kommunalen Lenkungs- und Steuerungsgruppen begleitet und gestaltet. Hierfür müssen auch Optionen zur Übernahme von Aufgaben zum Quartiermanagement geprüft, aber vor allem Strategien zur nachhaltigen Sicherung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit verfolgt werden. In den Gebieten bedarf es geeigneter Netzwerkagenturen, die sich als niedrigschwellige Anlaufstelle für Bewohner

und Bewohnerinnen und Kristallisationsorte für Gemeinwesenentwicklung verstehen.

Insbesondere in benachteiligten Sozialräumen sind Stadtteil-/Quartierbüros und Lokale Zentren notwendig: Hier können Beratungsangebote, unterschiedliche Gemeinwesenprojekte und Treffpunkte verschiedener Träger und Bürgergruppen angesiedelt werden. In Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort wird Gemeinwesendiakonie konkret und greifbar für die Betroffenen. Gemeinwesendiakonie setzt dabei an deren Stärken und Fähigkeiten an, stützt die Bemühungen der Menschen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Arbeitsebene: Diakonie und Kirche

Zentrale Voraussetzung zur Profilierung und Umsetzung von Gemeinwesendiakonie ist, das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit in regionalen diakonischen und kirchlichen Strukturen, Diensten und Arbeitsbereichen zu implementieren. Hierzu bietet insbesondere die Kirchliche Allgemeine Soziale Arbeit (KASA) geeignete Anknüpfungspunkte, die als „Konzeptionelle Eckpunkte zur Weiterentwicklung des gemeinde- und gemeinwesenorientierten Handelns in der Diakonie“ formuliert sind. Auch die (vorhandenen beziehungsweise entstehenden) Profil- und Fachstellen (in den Bereichen Gesellschaftliche Verantwortung und Bildung, um nur zwei zu benennen) der Evangelischen Kirche schaffen Rahmenbedingungen, die als Entwicklungspotenzial u.a. zur Durchführung von Fach- und Fortbildungsforen auf den verschiedenen diakonischen und kirchlichen Ebenen genutzt werden können.

Zur Implementierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesendiakonie sind bestehende gemeinsame Arbeitsstrukturen für Kirche und Diakonie (u.a.: Dekanatsynoden, Dekanats- Diakonieausschüsse und gemeindliche Diakonieausschüsse) zu nutzen beziehungsweise weiterzuentwickeln und bei Bedarf entsprechend neue Formen zu konstituieren. Sie bieten die Chance für die Profilierung eines (neuen) gemeinsamen kirchlich-diakonischen Arbeitsverständnisses vor Ort. Schwerpunkte dabei könnten sein:

■ Empfehlungen zur Profilierung von Gemeinwesendiakonie in der „Sozialen Stadt“

- Durchführung lokaler/regionaler/überregionaler Kampagnen zu Gemeinwesendiakonie
- Profilierung und Stärkung der Diakonischen Gemeinde
- Förderung des lokalen interkulturellen und interreligiösen Dialogs
- Entwicklung und Unterstützung von Innovationsprojekten
- Entwicklung von Fundraising- und Sponsoring-Strategien
- Aktionen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Sozialen Brennpunkten.

Arbeitsebene: Land und Bund

Auch auf den Ebenen der Landesverbände der Diakonischen Werke und der Evangelischen Landeskirchen sowie auf der entsprechenden Bundesebene sind vorhandene Strukturen zu nutzen beziehungsweise neue zu schaffen. Auf allen Ebenen sind Verantwortlichkeiten festzulegen und Aufträge zu vergeben. Diese Beauftragten kümmern sich um den Aufbau von Arbeitsstrukturen beziehungsweise die Nutzung vorhandener Arbeitskreise und Gremien. Sie sorgen für die fachliche Profilierung der jeweiligen Ebene, zum Beispiel über die Durchführung von Foren und Fortbildungen.

Neben dem Aufbau eigener Strukturen ist auch die Zusammenarbeit mit vorhandenen oder neuen trägerübergreifenden landes- und bundesweiten Fachverbandsstrukturen zu entwickeln beziehungsweise auszubauen:

- Bereits bestehende Landesnetzwerke (unter anderem LAGen), die sich vor allem fachpolitisch mit sozialer Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit befassen²⁰ sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Ge-

²⁰Erfahrungsaustausch von Fachkräften aus verschiedenen Sektoren und Bürgerinnen und Bürgern organisieren, sich aber auch als Lobby für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Quartieren verstehen. Diese Zusammenarbeit weitet den Blick über den wohlfahrtsverbandlichen, diakonischen und kirchlichen Tellerrand hinaus und ermöglicht neue Kooperationen mit dem privaten und öffentlichen Sektor, u.a. mit der Wohnungswirtschaft.

meinwesenarbeit (BAG)²¹ bieten gute Anknüpfungspunkte für trägerübergreifende Synergien. Im engen Verbund mit BAG und LAGen beziehungsweise durch Mitgliedschaften und Kooperationen bieten sich für Diakonie und Kirche auf der Bundes- und Landesebene zusätzliche Chancen, Gemeinwesendiakonie zu profilieren und die Bedeutung des sozialen Sektors in der Sozialen Stadt-Politik wirksam zu vertreten.

- Neue Partnerschaften zur Teilnahme an Ausschreibungsverfahren für Service- beziehungsweise Regiestellen zur Begleitung von (Modell-)Förderprogrammen zum Beispiel durch Bundes- und Landesregierungen schaffen Rahmenbedingungen und Arbeitsstrukturen zur Implementierung von Sozialraumprogrammen auch für diakonische Strukturen.
- Zusammenarbeit und/oder Mitwirkung in Lenkungsgruppen auf Bundes- beziehungsweise Länderebene zum Beispiel zu Soziale-Stadt-Programmen (erweiterte interministerielle Arbeitskreise und andere) eröffnen zusätzliche Chancen zur fachlichen Positionierung und Mitgestaltung.

Arbeitsebene: Fach- und Hochschulen/ Fortbildungsträger/ Fachverbände

Die Evangelische Kirche als Träger beziehungsweise Mitfinanzierer zahlreicher Fach- und Hochschulen sowie von Fortbildungsinstituten kann diese Zugänge nutzen, um im Rahmen von Lehre, Forschung und Begleitung diakonischer Praxis innovative Ansätze zur Gemeinwesendiakonie zu stützen und zu fördern. Darüber bilden die verschiedenen Fachverbände im Diakonischen Werk der EKD ein großes Potenzial, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenorientierung stärker zu proklamieren. In diesen diakonischen Arbeitsstrukturen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sind Organisationseinheiten zu bilden, um das Arbeitsprinzip Gemeinwesendiakonie zu implementieren, zu profilieren und um entsprechende Curricula zu entwickeln.

²¹Die BAG als bundesweites Netzwerk aus regionalen Strukturen, Einzel- und juristischen Personen, ist schon heute ein anerkannter Partner von Verbänden, Hochschulen und Ministerien; das Diakonische Werk der EKD ist neben dem Deutschen Caritasverband und anderen im BAG-Fachbeirat vertreten.

Die bereits vorhandene Zusammenarbeit mit den oben genannten trägerübergreifenden und trägerunabhängigen Fachverbandsstrukturen ist zu stärken. In den Fortbildungsabteilungen der evangelischen Fachhochschulen sowie Fortbildungseinrichtungen muss die Qualifizierung interdisziplinärer Stadt- und Gemeindeentwicklung im Sinne von Gemeinwesendiakonie weiterentwickelt werden. Auch in die Aus- und Weiterbildung von Pfarrern, Diakonen und Gemeindepädagogen ist Gemeinwesendiakonie notwendigerweise zu integrieren.

5.4 Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie

Um auf allen dargestellten Arbeitsebenen entsprechenden Strukturentwicklungen voranzubringen, soll der folgende Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie Hinweise geben und Impulse setzen.

Servicestelle für Gemeinwesendiakonie beim Diakonischen Werk der EKD

Beim Diakonischen Werk der EKD wird eine Servicestelle für Gemeinwesendiakonie eingerichtet. Auf Bundesebene soll diese insbesondere als Unterstützung für die Landesverbände dienen, um Profilentwicklung von Gemeinwesendiakonie zu stärken und den Aufbau entsprechender Arbeitsstrukturen zu unterstützen beziehungsweise anzuregen. Über die Landesverbände steht die Servicestelle interessierten (auch potenziellen) Soziale-Stadt-Standorten als Transfer- und Informationsstelle zur Verfügung und begleitet diese bei der Durchführung von Gemeinwesendiakonie-Foren in den Regionen. Die Durchführung regelmäßiger Bundesworkshops zur Weiterentwicklung der Gemeinwesendiakonie im Rahmen der sozialen Stadt- und Gemeindeentwicklung ist ein weiterer denkbarer Baustein der Serviceangebote. Dazu sollen insbesondere auch die relevanten Hochschul- und Fortbildungsinstitute mit ihren Ressourcen einbezogen werden. In Zusammenarbeit mit der BAG und entsprechender LAGen soll eine Fachlobby unterstützt werden, die träger- und sektorübergreifende interdisziplinäre Arbeitsstrukturen stärkt und sich der Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt widmet.

AG Gemeinwesendiakonie beim Diakonischen Werk der EKD

Als zentrumsübergreifende Arbeitsplattform und Fachform wird beim Diakonischen Werk der EKD eine Arbeitsgruppe Gemeinwesendiakonie gegründet. Diese wird von der Zentrenleitung einberufen und bindet alle relevanten Handlungsfelder und Themenbereiche in einen übergreifenden Fachdiskurs ein, um das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit in allen diakonischen Fachdisziplinen und (versäulten) Arbeitsstrukturen zu verankern und zur Profilbildung von Gemeinwesendiakonie beizutragen. Dabei kommt den Themen Ressourcenbündelung und gemeinsame Mittelakquise im Sozialraum eine besondere Bedeutung zu. Auch die übergreifende Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen muss zum Ziel haben, dass Fachprofile in spezialisierten Handlungsfeldern vorhanden sind, diese aber gleichzeitig in gemeinwesenorientierten Entwicklungsstrategien Berücksichtigung finden können. Eine entsprechende Positionierung von Gemeinwesendiakonie in der sozialen Stadt-/Gemeindeentwicklung auch in Hinblick auf die einzelnen fachlichen Handlungsfelder sollte in dieser Arbeitsgruppe zusammengeführt werden.

Bestandsaufnahme Soziale-Stadt- und Gemeinwesendiakonie

Zunächst sollen (als Pilotverfahren) in allen Bundesländern Bestandsaufnahmen zur quantitativen und qualitativen Präsenz von Gemeinwesendiakonie in Soziale-Stadt-Standorten durchgeführt werden. Der für das Bundesland Hessen entwickelte Frageleitfaden bietet dafür eine geeignete Grundlage, wobei zu beachten ist, dass neben Vertretern der regionalen Diakonischen Werke und Kirchengemeinden auch Vertreter der in den Regionen tätigen diakonischen Dienste und Einrichtungen einbezogen werden. In einem weiteren Schritt sollten durch die Landesverbände in Kooperation mit den regionalen diakonischen Strukturen Landesrecherchen zu Bestandsaufnahmen: Armutsquartiere und Soziale Brennpunkte sowie zum Stand der Gemeinwesenarbeit in Brennpunkten durchgeführt werden, die Grundlagen für Fachdiskurse in Verbänden und Kirchen, aber auch mit Vertretern aus Politik und Verwaltung schaffen können.

Länderkonferenzen Gemeinwesendiakonie

Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer sollen Länderkonferenzen Gemeinwesendiakonie als Kooperationsveranstaltungen von Landesverbänden mit den Landeskirchen durchgeführt werden. Wichtig ist, dass in den Bundesländern durch Kooperation der von den zuständigen Landesverbänden benannten Referenten (zum Beispiel Gemeindediakonie-/KASA-/GWA-Referenten) beziehungsweise Beauftragten Fachforen entstehen, die die jeweiligen Landesministerien einbinden können. Auch hier ist die Öffnung zu den verschiedenen diakonischen Fachdisziplinen und kirchlichen Arbeitsstrukturen sowie zu den jeweiligen Fachverbänden anzustreben. Die Programmplattform Soziale Stadt bietet dazu gute Anknüpfungspunkte (zum Beispiel Modellförderung 2006 ff).

Bundeskonzferenz Gemeinwesendiakonie

Auf Bundesebene wird die Planung und Durchführung einer Bundeskonferenz Gemeinwesendiakonie angestrebt, die als Kooperationsveranstaltung von Diakonischem Werk der EKD und Evangelischer Kirche in Deutschland (möglichst in 2008) stattfinden soll. Nach der Konferenz soll beurteilt werden, in welcher Form entsprechende Bundesforen unter Einbindung der Landes- und Fachverbände stattfinden sollen.

Leuchtturmförderung für Gemeinwesendiakonie

Zur Erhöhung der Aufmerksamkeit, Aktivierung und Förderung von Engagement „Für mehr Gemeinwesendiakonie“ soll auf allen Ebenen von Diakonie und Kirche eine entsprechende Kampagne eingeleitet werden. Zu erwägen sind verschiedene Formen der Leuchtturmförderung für Gemeinwesendiakonie, die bereits beispielhafte und/oder modellhafte Aktivitäten aus örtlichen Diakonischen Werken, Einrichtungen und Kirchengemeinden hervorheben, die mutig planende Akteure herausfordern, diese neuen Wege ebenfalls zu gehen und die (noch) Unentschlossene durch besondere Anreize auf den Weg bringen. Zu denken ist zum Beispiel an:

- die Entwicklung eines entsprechenden Förderprogramms Innovation: Gemeinwesendiakonie (als Kooperationsprojekt von EKD und Stiftungen)
- die Anregung zur Prüfung einer Förderlinie Aktion Gemeinwesen (in Anlehnung an Aktion Mensch/Die Gesellschafter).
- eine Initiative für einen Bürgerpreis zur besonderen Würdigung von Bürgerengagement in Sozialen Brennpunkten und Soziale-Stadt-Standorten
- eine Beteiligung an der Auslobung des trägerübergreifenden Preises Soziale Stadt (Jury-Mitgliedschaft)

Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

Diakonie und Kirche in der Sozialen Stadt

Befragung am:..... **durch:**.....

I. Standort:..... Stadtteil:..... ggf. Quartier:.....
 seit wann im Programm:..... siehe: http://www.sozialestadt.de/gebiete/liste_gebiete.php?bundesland=Hessen +WZ-Nd.-G.

II. Befragte:

- Reg.-Leitung des DW: Herr/Frau.....**oder** weitergeleitet an:
- von Ltg. benannter DW-Akteur: Herr/Frau.....**und** von DW benannter:

Farbig 1 KirchenGem-Akteur (KG): Herr/Frau.....

Farbig 2 bei Bedarf: HEGISS-Akteur bzw. Kommunaler Koord.-Stelle: Herr/Frau.....
lt. DIFU-Liste, Befragung durch HEGISS

- Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist bekannt Ja Nein
- LOS-Programm¹ zur „Soziale Stadt“ ist bekannt Ja Nein
- E&C-Programm² zur „Soziale Stadt“ ist bekannt Ja Nein

Besondere Anmerkungen zu II.:

- des DW- bzw. KG-Akteurs:**.....
- des Interviewers:**.....

¹ siehe: www.los-online.de
² siehe: www.eundc.de

III. Beteiligung an „Soziale-Stadt“-Programm

1. DW/KG war bereits vor Programmaufnahme am Standort präsent:
 - Ja Nein Unbestimmt
 - wenn ja, wie? mit Infrastruktur-Einrichtung, welche?.....
 - mit Fach-Diensten, welche?.....
 - mit GWA/QM-Struktur, welche?.....
2. DW/KG war (Mit-) Initiator für Aufnahme des Standortes ins Programm:
 - Ja Nein Unbestimmt ggf.: Anmerkung:.....
3. DW/KG ist seit Aufnahme an Programmgestaltung beteiligt:
 - Ja Nein Unbestimmt ggf.: Anmerkung:.....
4. DW/KG ist an Entwicklung von IEK/LAP³ beteiligt:
 - Ja Nein Unbestimmt ggf.: Anmerkung:.....
5. DW/KG ist in Kooperationsstruktur eingebunden:
 - Ja Nein Unbestimmt ggf.: Anmerkung:.....

³ IEK: Integriertes Entwicklungskonzept bzw. Integriertes Handlungskonzept
 LAP: Lokaler Aktionsplan

■ Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

b) Planungsbüro ist Träger des GWA/Quartiermanagement:

Ja, wenn ja, wer?..... Nein Unbestimmt

c) Sonstiger ist Träger des GWA/Quartiermanagement:

Ja, wenn ja, wer?..... Nein Unbestimmt

d) Es besteht „Tandem“-Partnerschaft GWA/QM plus Planungsbeauftragten:

Ja, wenn ja, mit wem?..... Nein Unbestimmt

5. Administrative Steuerung/ Koordination der „Sozialen Stadt“

a) Koordination der Programm-Steuerung in der Verwaltung ist benannt/ definiert:

Ja, wenn ja, welche/s Amt, Arbeitsebene?..... Nein Unbestimmt

b) Verwaltungsinterne, ämterübergreifende Steuerung ist definiert:

Ja, wenn ja, welche Ämter gehören kontinuierlich dazu?.....
 Nein Unbestimmt

c) Einbindung eines externen GWA/QM in erweitertes Steuerungsgruppe ist definiert:

Ja Nein Unbestimmt

d) Einbindung eines externen Planungsbeauftragten in erweitertes Steuerungsgruppe ist definiert:

Ja Nein Unbestimmt

5

e) Einbindung weiterer externer Partner (z.B. WohnWirt/BeschäftTräg.) in erweitertes Steuerungsgruppe ist definiert:

Ja Nein Unbestimmt

f) „Koproduktionsbeziehung“ unter Externen (z.B. Tandempartnerschaft) in erweitertes Steuerungsgruppe ist definiert:

Ja, wenn ja, wie?..... Nein Unbestimmt

6. Politische Lenkung der „Sozialen Stadt“

a) Einschätzung: Verfahren zur Partizipation der BürgerInnen und Stadtteilakteure ist konstituiert:

Ja Nein Unbestimmt

welches?.....
 wie?.....

b) Einschätzung: DW/KG ist in politische Lenkung der „Sozialen Stadt“ eingebunden:

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, in? Stadtteilgremien (Steuerungs-, Lenkungsgruppe, Beirat, LOS-Begl.-Ausschuss etc.),
 welche? wie?.....
 Trägerkonferenz, -verbund, -runden etc,
 welche? wie?.....
 offene Stadtteilforen (Runde Tische, Stadtteilkonferenz etc.),
 welche? wie?.....

6

■ Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

c) Einschätzung: Bürger bzw. Bürgergruppen sind in politische Lenkung der „Sozialen Stadt“ eingebunden:

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, in ? Stadtteilgremien (Beirat, LOS-Begl.-Ausschuss),
welche? wie?.....

Trägerkonferenz, -verbund, -runden etc,
welche? wie?.....

offene Stadtteilforen (Runde Tische, Stadtteilkonferenz etc.),
welche? wie?.....

Besondere Anmerkungen zu IV.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....

.....

.....

O des Interviewers:.....

.....

.....

.....

7

V. DW- bzw. KG- (Mit-)Gestaltung in zentraler Handlungsfelder als operativer Akteur von IEK/LAP- Schlüsselprojekten

1. Handlungsfeld: Aktivierung und Verbesserung der Teilhabechancen von BewohnerInnen

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, wie?

Projekt:	Durchführung:	Förderung durch Programmmittel (z.B.: SozSt, E&C, LOS):	Größenordnung der Eigenmittel von DW/KG
a)
b)
c)
d)
e)

Besondere Anmerkungen zu V.1.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....

.....

.....

O des Interviewers:.....

.....

.....

.....

8

■ Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

2. Handlungsfeld: Verbesserung der sozial und kulturellen Infrastruktur

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, wie?

Projekt:	Durchführung:	Förderung durch Programmmittel (z.B.: SozSt, E&C, LOS):	Größenordnung der Eigenmittel von DW/KG
a)
b)
c)
d)
e)

Besondere Anmerkungen zu V.2.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....

.....

.....

O des Interviewers:.....

.....

.....

9

3. Handlungsfeld: Verbesserung der lokalen Wirtschaft, Arbeits- Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, wie?

Projekt:	Durchführung:	Förderung durch Programmmittel (z.B.: SozSt, E&C, LOS):	Größenordnung der Eigenmittel von DW/KG
a)
b)
c)
d)
e)

Besondere Anmerkungen zu V.3.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....

.....

.....

O des Interviewers:.....

.....

.....

10

■ Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

4. Handlungsfeld: Städtebauliche Entwicklung und Verbesserung der Wohnbedingungen:

Ja Nein Unbestimmt

wenn ja, wie?

Projekt:	Durchführung:	Förderung durch Programmmittel (z.B.: SozSt, E&C, LOS):	Größenordnung der Eigenmittel von DW/KG
a)
b)
c)
d)
e)

Besondere Anmerkungen zu V.4.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....

O des Interviewers:.....

11

VI. Arbeitsstrukturen zur Vernetzung und Qualifizierung von DW- bzw. KG- Strukturen in der „Soziale Stadt“

1. Würden Sie sich gern mehr in der „Sozialen Stadt“ engagieren?

Ja Nein

wenn ja, in ? Strategischen Handlungsfeldern (Quartiermanagement usw.)

Handlungsfeld: Aktivierung und Verbesserung der Teilhabechancen von BewohnerInnen

Handlungsfeld: Verbesserung der sozial und kulturellen Infrastruktur

Handlungsfeld: Verbesserung der lokalen Wirtschaft, Arbeits- Ausbildungs- u. Beschäftigungsmögl.

Handlungsfeld: Städtebauliche Entwicklung und Verbesserung der Wohnbedingungen:

2. Erhalten Sie genügend fachliche Unterstützung für Ihr Engagement in der „Sozialen Stadt“?

Ja Nein Unbestimmt

wenn nein, welche fehlt?.....

3. Wenn nein, wo würden Sie mehr fachlich und fachpolitische Unterstützung erwarten?

von Diakonie, auf welcher Ebene?

von Kirche, auf welcher Ebene?

im Verbund mit freien Trägern, auf welcher Ebene?

von Bund/Ländern/Gemeinden, auf welcher Ebene?

von Sonstigen, von wem?.....

12

■ Frageleitfaden Befragung der HEGISS-Standorte

Besondere Anmerkungen zu VI.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....
.....
.....

O des Interviewers:.....
.....
.....

Besondere Anmerkungen zu Gesamtbefragung.:

O des DW- bzw. KG- Akteurs:.....
.....
.....

O des Interviewers:.....
.....
.....

Präsentation: Ergebnisse des Diakonie-Workshops Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Diakonie ■■	
Gemeinwesenarbeit in der „Sozialen Stadt“	
Neue Herausforderungen und Chancen für Kirche und Diakonie	Optionen der Gemeinwesendiakonie <ul style="list-style-type: none">• Option für gefährdete Gemeinwesen• Option für Gemeinwesenarbeit (GWA)• Option für Kooperation• Option für Nachhaltigkeit

Diakonie ■■
■ Optionen der Gemeinwesendiakonie
I. Option für benachteiligte Gemeinwesen
(1) Soziale Verantwortung für Soziale Brennpunkte u. Armutsquartiere
(2) Anwaltschaft für Quartiere u. ausgegrenzte Gruppen
(3) Aktivierung von Betroffenen
(4) Einbindung weiterer Akteure

Diakonie III

■ **Optionen der Gemeinwesendiakonie**

II. Option für Gemeinwesenarbeit (GWA)

- (1) Implementierung und Sicherung des Arbeitsprinzips GWA in der Beratungsarbeit
- (2) GWA im Quartiermanagement
- (3) Partizipative Sozialraumplanung
- (4) Bereitstellung/Öffnung lokaler Zentren
- (5) Entwicklung von Bürgerorganisationen
- (6) Erarbeitung von Entwicklungskonzepten

Diakonie III

■ **Optionen der Gemeinwesendiakonie**

III. Option für Kooperation

- (1) Gestaltung von Entwicklungsstrategien
- (2) Aufbau von Entwicklungspartnerschaften
- (3) Umsetzung von Projekten
- (4) Berücksichtigung trägerspezifischer Profile
- (5) Einbindung von „Graswurzelninitiativen“
- (6) Förderung des interkulturellen/-religiösen Dialogs

Diakonie III


■ **Optionen der Gemeinwesendiakonie**

IV. Option für Nachhaltigkeit

- (1) Einbeziehung und Weiterentwicklung von Regelstrukturen
- (2) Implementierung in bestehende Strukturen
- (3) Entwicklung von Gemeinwesenökonomie
- (4) kompetente Finanz-Akquise
- (5) Motor für Gemeinwesenpolitik
- (6) Verlässlichkeit von Gemeinwesendiakonie

■ Präsentation: Ergebnisse des Diakonie-Workshops Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Diakonie  Gemeinwesenarbeit in der „Sozialen Stadt“	
Neue Herausforderungen und Chancen für Kirche und Diakonie	Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsebene: Lokales Gemeinwesen • Arbeitsebene: Land/Bund • Arbeitsebene: Diakonische Kirche • Arbeitsebene: Fachverbände Hochschulen FOBI-Träger

Diakonie 

- **Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie**
- **Arbeitsebene: Lokales Gemeinwesen**
 - Etablierung eines lokalen evangelischen Netzwerkes
 - Beauftragung zur Koordination von Gemeinwesendiakonie („Kümmerer“)
 - Aufbau einer AG der Koordinatoren von Gemeinwesendiakonie
 - Initiierung von, Mitarbeit in bzw. Zusammenarbeit mit
 - lokaler Netzwerkagentur („Stadtteilbüro“)
 - trägerübergreifendem AK Soziale Stadt
 - kommunaler Planungsgruppe
 - Bürgergruppen, -initiativen, -foren

Diakonie III

■ **Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie**

➤ Arbeitsebene: Diakonie und Kirche

- Implementierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesendiakonie in regionalen diakonischen und kirchlichen Strukturen, Diensten u. Arbeitsbereichen (z.B. KASA/DW, Profil- und Fachstellen/EK)
- Konstituierung, Nutzung und Weiterentwicklung gemeinsamer Arbeitsstrukturen für Kirche und Diakonie zur
 - Profilierung als „Diakonische Gemeinde“
 - Stärkung der Zivilgesellschaft in Sozialen Brennpunkten
 - Förderung des lokalen interkulturellen / -religiösen Dialogs
 - Durchführung von Kampagnen / Fundraising
 - Entwicklung von Innovationsprojekten/ -strategien

Diakonie III

■ **Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie**

➤ Arbeitsebene: Land und Bund

- Implementierung des Arbeitsprinzips für Gemeinwesendiakonie / Festlegung von Verantwortlichkeit
- Beauftragung von geeigneten Landes-/Bundes-Strukturen für Gemeinwesendiakonie
- Akquise von Service-/Regiestellen

Zusammenarbeit mit:

- Trägerübergreifenden Fachverbandstrukturen (LAGs/BAG SozStadt/GWA)
- Landes- bzw. Bundes-Service-Stellen Soziale Stadt
- Landes- bzw. Bundes-Lenkungsgruppe Soziale Stadt (erweiterter interministerieller Arbeitskreis)

Diakonie III

■ **Arbeitsstrukturen der Gemeinwesendiakonie**

➤ Arbeitsebene: Fach- und Hochschulen / FoBi-Träger / Fachverbände

- Implementierung des Arbeitsprinzips Gemeinwesendiakonie in Forschung, Lehre und diakonische Praxis
- Bildung von Organisationseinheiten zur
 - Profilierung der Gemeinwesendiakonie
 - Zusammenarbeit mit trägerübergreifenden Fachverbandsstrukturen (z.B. LAG/BAG SozStadt-GWA) zur Stärkung des Arbeitsprinzips
 - Weiterentwicklung der Qualifizierung interdisziplinärer Stadt- u. Gemeindeentwicklung
 - Grundlagen- u. Begleitforschung

■ Präsentation: Ergebnisse des Diakonie-Workshops Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

<p>Diakonie III</p> <p>Gemeinwesenarbeit in der „Sozialen Stadt“</p>	
<p>Neue Herausforderungen und Chancen für Kirche und Diakonie</p>	<p>Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Servicestelle“ • „AG Gemeinwesendiakonie“ • „Regionalkonferenzen“ • „Leuchtturmförderung“

<p>Diakonie III</p>
<p>■ Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie</p> <p>➤ „Servicestelle“ für Gemeinwesendiakonie (DW EKD)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung der Landesverbände bei: <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von Gemeinwesendiakonie • Informationsstellen für Standorte • Durchführung von GW-Diakonieforen ➤ Durchführung von GW-Diakonie Bundesworkshops ➤ Einbindung von Hochschul-, Fobi-Instituten ➤ Trägerübergreifende Fachlobby mit BAG/LAGs ➤ Weiterentwicklung des B-L-Programms SozStadt

Diakonie III

■ **Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie**

- „AG Gemeinwesendiakonie“ (DW EKD)
 - Übergreifender Fachdiskurs
 - Positionierung zur GW-Diakonie/SozStadt
 - Ressourcenbündelung
 - Gemeinsame Mittelakquise
 - Planung interdisziplinärer Fachtagung

Diakonie III

■ **Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie**

- „Bestandsaufnahme Soziale Stadt u. Gemeinwesendiakonie“
 - in allen Bundesländern
 - durch LVs/ mit Einbindung der Standorte
- „Länderkonferenzen Gemeinwesendiakonie“
 - Kooperationsveranstaltungen zw. Landesverbänden und Landeskirchen in BuLä
 - Einbindung der Fachverbände
- Bundeskonferenz Gemeinwesendiakonie
 - (jährl.) Kooperationsveranstaltung DW und EKD
 - unter Einbindung der LV und FV







Diakonie III

■ **Aktionsplan für mehr Gemeinwesendiakonie**

- „Leuchtturmförderung“ für Gemeinwesendiakonie
 - Entwicklung von Innovationsförderprogramm in Kooperation mit EKD/Stiftungen
 - Prüfung einer Förderlinie „Aktion Gemeinwesen“
 - Beteiligung an Auslobung des trägerübergreifenden „Preises Soziale Stadt“
 - Würdigung von besonderem Bürgerengagement und Gemeinwesendiakonie in „Sozialen Brennpunkten“ / „Sozialer Stadt“

Ausgewählte Links zum Thema


Zur Bundesebene

-  www.sozialestadt.de
-  www.los-online.de
-  www.eundc.de
-  www.bmvbs.de/Stadtentwicklung_-Wohnen/Stadtentwicklung-,1551/Soziale-Stadt.htm
-  www.bmvbs.de/-,1551.980091/Fuer-mehr-Beschaeftigung_-Bild.htm
-  www.bagsozialestadtentwicklung.de




Zu Hessen

-  www.hegiss.de
-  www.hegiss.de/he_download/2007/070510/HEGISS-Ausschreibung%202007_Endfassung%204.5.07.pdf
-  www.lagsbh.de




Zur Modellausschreibung in Bayern

-  www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/staedtebaufoerderung/aktuelles/kooperationen_auslobung.pdf

Zur Diakonie

-  http://www.diakonie.de/de/html/presse/77_4995.html
-  http://www.diakonie.de/de/html/presse/3995_4195.html
-  http://www.diakonie.de/de/html/presse/3037_3782.html

Zur Gemeinwesenarbeit/Bürgerengagement/Selbsthilfe/Wohnwandel

-  www.stadtteilarbeit.de
-  www.mitarbeit.de
-  www.schader-stiftung.de

